

GGG

Journal

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule

Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.



Der neue Bundesvorstand stellt sich vor

Die GGG-Mitgliederversammlung hat am 17.09.2011 in Hildesheim für zwei Jahre einen neuen Bundesvorstand gewählt. Mit Kurzporträts und Gruppenbild präsentieren sich die alten und neuen Vorstandsmitglieder.

Seite 22 f

(Zwei-) Gliedrigkeit ist Mist

Lothar Sack fasst die intensiven verbandsinternen Diskussion der letzten Monate zusammen, stellt viele Übereinstimmungen fest und zieht nach differenzierter Analyse das Fazit: Noch mehr Gliedrigkeit ist noch mehr Mist.

Seite 4 ff

Bilinguales Lernen an Gesamtschulen

ist bislang eher eine Randerscheinung. Aus unterschiedlichen Gründen wurde bislang die Chance des fremdsprachlichen Sachfachunterrichts unterschätzt. Jetzt hat sich die BAG *Englisch an Gesamtschulen* u. a. dieses Themas angenommen.

Seite 7 ff

Superwahljahr 2011 – Kommentar überflüssig?

Offenbar nicht, denn in seinem Kommentar zitiert Wolfgang Vogel aus den Koalitionsvereinbarungen der Wahl-Länder einen wahren Reigen an vagen Versprechungen: klare Bekenntnisse zu einem inklusiven Schulsystem sind nicht in Sicht.

Seite 24

INHALT

GGG Aktuell

- Inklusion macht Schule 3
(Zwei-) Gliedrigkeit ist Mist 4

Beispielhafte Projekte

- Bilinguales Lernen in der Gesamtschule 7
Triple A 11

Bildungs-Politik

- Der „Schulpolitische Konsens“ in NRW 12
Wie Kommunalpolitiker eine Sekundar-
schule gestalten können ... 15

Aus den Ländern 16

Intern

- Jubiläen 21
Der Bundesvorstand stellt sich vor 22
Mitgliederversammlung 2011 23
Termine 23

Kommentar

- Superwahljahr 2011 – Kommentar über-
flüssig? 24

IMPRESSUM

GGG-Journal – Heft 4/2011
vom 01. Dezember 2011
ISSN 1868-4963

34. (42.) Jahrgang

Redaktion: Ursula Helmke, Dr. Christa
Lohmann, Wolfgang Vogel (Koordination),
Dr. Michael Hüttenberger (v.i.S.d.P.)
Hauptstraße 8, 26427 Stedesdorf

Vertrieb: GGG-Bundesgeschäftsstelle,
Hauptstr. 8, 26427 Stedesdorf,
Telefon: 04971/94668-0
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de
Web: www.ggg-bund.de

Das GGG-Journal erscheint vierteljährlich.
Der Abonnementpreis beträgt jährlich
€ 17,- (einschließlich Versand). Der Ein-
zelpreis des Heftes von € 5,- ist für GGG-
Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Auflage: 4.000 Exemplare

Druck: Druckwerkstatt Kollektiv GmbH
Layoutentwurf: Christa Gramm
Umbruch/Herstellung: Waso Koulis
Korrektorat: Armin Steigenberger
Illustration: Ingrid Freihold
Fotos: Wolfgang Vogel

Die nächste Ausgabe erscheint am: 01.03.2012
Redaktionsschluss: 20.01.2012

... vorab bemerkt

Liebe Freundinnen und Freunde der GGG,

„Ja, ist denn schon wieder Weihnachten?“, könnte man zu Recht mit dem einzi-
gen noch amtierenden deutschen Kaiser fragen, mit ein bisschen Bedauern viel-
leicht, denn der goldene Herbst hätte nicht schon so früh vom adventlichen Lich-
tergeglänze abgelöst werden müssen. Immerhin, ein grauer November ist uns weit-
gehend erspart geblieben, mindestens dort, wo sich der Nebel frühzeitig lichtet.
Das war leider nicht überall der Fall, auch nicht unbedingt dort, wo man sich nach
Wahlen Klarheit erhofft hatte in diesem Superwahljahr 2011. Bildungspolitisch wur-
de nicht viel gewagt, die vagen Formulierungen in den Koalitionsvereinbarungen
entsprechen eher Nebelkerzen als kometenhaft aufsteigenden Erkenntnissternen
am Bildungshimmel. Wolfgang Vogel verschafft uns in seinem Kommentar einen
Überblick und stellt fest: Kommentar überflüssig.

Diesem Urteil, liebe Leserinnen und Leser, schließen Sie sich hoffentlich nicht an,
wenn Sie bei der Lektüre der dieser letzten Journalausgabe des Jahres 2011 dort
angekommen sind. Schließlich erwartet Sie Nachdenkenswertes zur Gliedrigkeits-
debatte, die die GGG im letzten Jahr leidenschaftlich, beziehungsweise nicht
immer sehr gepflegt geführt hat: (Zwei-)Gliedrigkeit ist Mist, meint unser Bundes-
vorsitzender Lothar Sack und stellt fest, dass es noch mehr auszumisten gäbe im
bildungspolitischen Stall.

Eine wahre Futterkrippe pädagogischer Erkenntnisse und GGG-familiärer Stallwär-
me war wieder einmal der Bundeskongress: Nachlesens-, oder besser Nachschau-
enswertes gibt es gleich zu Beginn dieses Heftes. Gegen Ende folgt ein Kurzbericht
über die Mitgliederversammlung, und der von ihr neu gewählte Bundesvorstand
stellt sich mit Kurzporträts und Gruppenfoto vor.

Weihnachten ist das Fest des Friedens, und dem widmen wir uns, wie angekündigt,
intensiv: über die Chancen und Risiken des nordrhein-westfälischen „Schulfrie-
dens“ berichten Werner Kerski, Michael Fink und Hannes Niehaus, weitere Länder-
berichte folgen.

Unter der Rubrik *Beispielhafte Projekte* schreibt Christa Lohmann über Bilingua-
les Lernen an Gesamtschulen und verbindet das mit einem Bericht über die 49.
Tagung der BAG Englisch, Klaus Winkel berichtet über die 14. Klausurtagung der
GGG Hessen in Beatenberg.

Wie schon beim letzten Mal ist dieser Journal-Ausgabe die Zeitschrift *Eine Welt in
der Schule* beigeheftet und wiederum steht die gesamte Journalausgabe auf
unserer Webseite www.ggg-bund.de zum Downloaden bereit.

Vermissen Sie etwas? Richtig, die Serie Organisationsskizzen setzt diesmal aus: der
Beitrag über die Heinz-Brandt-Schule Berlin-Weißensee, die den Preis der Akade-
mie beim Deutschen Schulpreis 2011 erhielt, erscheint in Heft 1/2012 – so wissen
Sie immerhin schon etwas davon, was Ihnen die erste Journalausgabe des neuen
Jahres bringen wird.

Was uns allen das neue Jahr 2012 bescheren wird, außer vielleicht dem Fußball-
EM-Titel, das vermag ich nicht zu prognostizieren, da kann ich wiederum nur kai-
serlich zitieren: „Schaun mer mal!“

Wünschen darf ich Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, dafür jedenfalls alles erdenk-
lich Gute.

Ihr



Michael Hüttenberger



Inklusion macht Schule

Nachlese zum 32. Bundeskongress der GGG

(elb) Der 32. Bundeskongress der GGG an der Robert-Bosch-Schule in Hildesheim ist erfolgreich verlaufen. Wer an dieser Stelle im GGG-Journal eine ausführliche Berichterstattung erwartet hat, muss nicht enttäuscht sein: eine Kongressdokumentation ist in Arbeit und wird 2012 als Band 61 der Blauen Reihe erscheinen. Mit ca. 220 Teilnehmer/innen hatte der Kongress wiederum eine hohe Resonanz. Dabei erwiesen sich die Hospitationen an den Gesamtschulen der Region sowie an der gastgebenden Schule als großer inhaltlicher Zugewinn. Die Workshops am Freitag und Samstag waren zum großen Teil schon frühzeitig ausgebucht, die Rückmeldungen, die wir erhielten, insgesamt sehr positiv. Eine genauere Auswertung anhand der (suboptimalen – ein häufig genannter Kritikpunkt) Rückmeldebögen ist in Arbeit. Highlight des Kongresses, darüber bestand Einigkeit, war der Vortrag von Prof. Hans Wocken (Hamburg) am Samstag und schließlich die einstimmige Verabschiedung der „GGG-Erklärung zur inklusiven Bildung“. Vortrag und Erklärung sind als PDF unter www.ggg-bund.de frei zugänglich. Ein deutlich schlechteres Feedback erhielt

der bildungspolitische Teil des Kongresses: Hier diskutierten am Freitagabend auf dem Podium unter der Moderation von Saskia Döhner (Hannoversche Allgemeine Zeitung) zunächst in einer niedersächsischen Runde Eberhard Brandt (GEW), Karl-Heinz Klare (CDU), Ina Korter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Dörthe Weddige-Degenhard (SPD) zum Thema *Inklusion macht Schule!?* In einer zweiten, nach Rückmeldung der Kongressteilnehmer ergebnisreicher Runde, diskutierten Hans Wocken, Lothar Sack und Sybille Hausmanns (BAG *Gemeinsam leben – gemeinsam lernen*) die Frage: *Wie macht Schule Inklusion?* Die GEW-Kabarettgruppe leitete über in den informellen Teil des Abends, der von der Jazzascola-Quartett beschwingt untermalt wurde.

Allen, die zum Gelingen des Kongresses beigetragen haben, sei an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich gedankt. Ganz besonders der gastgebenden Schule, die mit Herzlichkeit und Professionalität für einen angenehmen Aufenthalt sorgte und einen reibungslosen Kongressablauf ermöglichte. ♦



**Der perfekte Gastgeber:
Schulleiter Wilfried Kretschmer**

Gliederung

1. Motive: Warum überhaupt Inklusion?
2. Begriffe: Integration und Inklusion
3. Pädagogik: Die inklusive Schule
4. Bildungspolitik: Ein inklusives Schulsystem



Prof. Dr. Hans Wocken



Gute Laune schon bei der Anmeldung



**Podiumsdiskussion 2. Runde mit Hans Wocken,
Saskia Döhner, Sybille Hausmanns und Lothar Sack**

LOTHAR SACK

(Zwei-) Gliedrigkeit ist Mist – Noch mehr Gliedrigkeit ist noch mehr Mist

Der Artikel von Joachim Lohmann „Ist mit Hamburg die gemeinsame Schule für alle gescheitert?“ in Heft 1/2011 hat eine Diskussion ausgelöst, an der sich verdienstvolle Vorkämpfer und Mitstreiter um die Schule für alle beteiligt haben. Sowohl Interpretation des Lohmannschen Artikels, vorgetragene Kritik und Gegenthesen als auch Zeitpunkt und angeschlagener Ton sowie die durch die Veröffentlichung und Kommentierung ausgelösten weiteren Reaktionen haben mich als Bundesvorsitzenden zunächst irritiert, dann intensiv beschäftigt.

Zunächst fasse ich die wesentlichen Punkte zusammen und hoffe, die in der o.g. Diskussion geäußerten Positionen finden sich in folgenden Aussagen wieder:

1. Zweigliedrigkeit als Zwischenschritt?: Ein (zweigliedriges) Schulsystem, bestehend aus einer integrierten Schule und dem Gymnasium (daneben eventuell noch Sonderschulen) taugt nicht als Zwischen- oder Übergangslösung zum gesteckten Ziel. Es ist ein „Holzweg“.
2. Gesamtschule und andere integrierte Schulen: Nur die Gesamtschule hat den Anspruch, ersetzende Schule zu sein; die bestehenden Gesamtschulen sind die Vorbilder für die angestrebte Schule für alle.
3. Schule für alle in einem Schritt: Es müsse gleich der große Wurf gewagt werden, die Schule für alle realisiert werden. Politische Kompromisse als Zwischenschritte zu machen ist Kapitulation.
4. Hamburger Reform: Die Hamburg Pläne der Schulreform 2010 sind abzulehnen: Die Stadtteilschule führt zur Zweigliedrigkeit, und die Verlängerung der Grundschulzeit um zwei Jahre war ein halbherziger, nicht lohnender Ansatz.

Viele Positionen sind m. E. unstrittig:

- Das Ziel ist nach wie vor ein Schulsystem, das nur gemeinsame Schulen für alle Kinder und Jugendlichen zumindest für die Pflichtschulzeit kennt.
 - 1. Konsequenz: Kein mehrgliedriges Schulsystem kann als anzustrebender (End-) Zustand akzeptiert werden, egal in wie viele Glieder es zerfällt, also auch nicht das sog. „Zwei-Säulen-Modell“. Die Einbeziehung aller Kinder umfasst wirklich alle, also auch die Schüler/innen des Gymnasiums wie die der Sonderschulen.
 - 2. Konsequenz: Eine grundsätzliche Reform der deutschen Schulstruktur unter konsequenter Einbeziehung des Gymnasiums und der Sonderschulen muss Gegenstand zentraler demokratischer Auseinandersetzungen sein, damit sie über Wahlen hinaus politischen Bestand haben kann.
 - Einigkeit besteht wohl auch in der Einschätzung, dass die gemeinsame Schule für alle überfällig ist.
 - Die Neugründungswelle von Gesamtschulen insbesondere in den Bundesländern NI und NW wird begrüßt.
- Differenzen bestehen jedoch offenbar in der Einschätzung
- der Chancen, dass dieses Ziel möglichst zeitnah realisiert werden kann,
 - von Widerständen,
 - von Zwischenlösungen und Zwischenschritten, insbesondere wenn sie nicht *Gesamtschule* heißen.

Auf der Basis der gemeinsamen Einschätzungen möchte ich mich mit den o.g. Punkten auseinandersetzen:

Zu 1. Zweigliedrigkeit als Zwischenschritt?

- In 11 Bundesländern gibt es keine Hauptschulen mehr, nur noch in BY, BW, HE, NI, NW. In jenen 11 Ländern hat sich die Ausgangslage also bereits deutlich geändert. Wenn angezweifelt wird, dass dies ein richtiger und zielführender Schritt sei, entsteht für mich die Frage, ob das in den fünf anderen Bundesländern noch vorhandene traditionelle mehrgliedrige System nicht der schlimmere „Holzweg“ ist. Und bei diesen Ländern gehört nicht viel Prophezie dazu vorauszusagen, dass auch dort die Hauptschule zur Disposition steht, die CDU beschäftigt sich gerade damit; vielleicht dauert es in Hessen noch ein bisschen länger. Diese Entwicklung ist ziemlich unabhängig davon, wie wir in der GGG oder in Teilen des Verbandes die Situation beurteilen. Die „Zweigliedrigkeit“ muss wie jede andere Form von Gliedrigkeit überwunden werden und kann schon aus dieser Sicht nichts anderes als eine Zwischenstation sein.
- Wenn es bereits in den meisten Ländern eine Zweigliedrigkeit gibt und die übrigen Länder auch in diese Richtung tendieren, so sollten wir den Einfluss, den wir haben, für die Unterstützung von Schulformen aufwenden, die sich auf den Weg zu mehr Heterogenität gemacht haben, statt sie zu bekämpfen. Dabei ist die von Joachim Lohmann „Oberschule“ genannte Form einer integrierten Schule vollständig in dem Sinn, dass sie alle Schüler/innen aufnimmt und zu allen Schulabschlüssen führt, also insbesondere den Weg zum Abitur beinhaltet. Die bisherigen Gesamtschulen sind genau solche Schulen. Die unvollständige Lösung, die den Weg zum Abitur nicht als Standard beinhaltet, Joachim Lohmann nennt sie „Mittelschule“, ist die eindeutig schlechtere Lösung. Sie spricht bildungsbürgerliches Klientel nicht an, stellt keine Konkurrenz für das Gymnasium dar und gerät in Gefahr, zur erneuten Restschule zu werden. Vollstän-

dige integrierte Schulen hingegen zeigen überall, wo es sie gibt, dass sie auch für die traditionelle Gymnasiaklientel interessant sind. Das gilt insbesondere, wenn sie das einzige Bildungsangebot vor Ort sind – es gibt solche „Inseln“ in Deutschland. Das gilt auch, wenn die integrierte Schule ein überzeugend(er)es pädagogisches Konzept bietet. In BE, HB, HH, SL und z. T. in SH führen alle Schulen der Sekundarstufe zu jedem Abschluss, andere Schulen gibt es gar nicht mehr. In diesen Ländern gibt es daher das strukturell bedingte Elend der Hauptschulen nicht mehr. Dabei besuchen 50 bis 80 % (in HB) der Schüler/innen integrierte Schulen. Das geht einher mit einer deutlichen Einschränkung des Abschlusses in Gymnasien, so dass auch diese standardmäßig Real- und Hauptschulabschlüsse werden vergeben müssen.

■ Schließlich sei noch darauf hingewiesen, dass die Abhängigkeit des Schulerfolgs von der Herkunft korreliert mit der Anzahl der Glieder in einem gegliederten System, also in Ländern mit zweigliedrigem Schulsystem niedriger ist als in den klassisch gliedernden Ländern. Dies hat Ludger Wößmann bei der Analyse von deutschen PISA-Daten herausbekommen. Gleiches gilt bei einer längeren, z. B. 6-jährigen Grundschulzeit.

Zu 2. Gesamtschulen und andere integrierte Schulen

■ Richtig ist, dass die Gesamtschule entworfen wurde als Alternative zum gegliederten Schulsystem. Realisiert ist der Anspruch bis heute in keinem Bundesland. Die Gesamtschule als ersetzende Schule ist bisher leider nur die Idee ihrer Protagonisten geblieben. Wie andere

integrierte Schulen auch, ist sie heute Bestandteil des bestehenden Bildungssystems:

- in den Augen der Kultusbürokratie, des größten Teils der Bildungspolitik und der Schulträger,
- im Bewusstsein von Eltern (und Schüler/innen). Das kann man daran ablesen, dass bei der Entscheidung für die weiterführende Schule die Schulsystemfrage bei weitem nicht für alle Eltern relevant ist. In vielen Fällen wird die konkrete Gesamtschule mit Gymnasien und Realschulen vor Ort verglichen, der Hauptschule wird sie fast immer vorgezogen. Dies zeigen viele Erfahrungen bei Anmeldegesprächen von Schüler/innen.

■ Den integrierten Schulen, die nicht *Gesamtschule* heißen, wird mitunter die Absicht abgesprochen, das gegliederte Schulsystem ersetzen zu wollen. Ob diese Einschätzung richtig ist, möge man nach folgendem Zitat entscheiden:
„... Um diese Ziele zu erreichen bedarf es einer Schule, die alle Kinder und Jugendlichen mit ihren jeweiligen Ausgangslagen annimmt und individuell fördert, die nicht nach vermeintlicher Leistungsfähigkeit sortiert, sondern individuelles und längeres gemeinsames Lernen in heterogenen Lerngruppen in den Mittelpunkt stellt. Es bedarf eines nicht auslesenden Schulsystems und einer neuen Lern- und Lehrkultur, so wie es dem Selbstverständnis der Gemeinschaftsschule entspricht. Die bevorstehende Weiterentwicklung der Schulstruktur durch die Errichtung einer integrativen Schulform in der Sekundarstufe, die alle bisherigen Bildungsgänge einschließt und zu allen Abschlüssen, einschließlich Abitur führt, ist ein wichtiger Zwischenschritt in Richtung eines ungegliederten, nicht auslesenden Schulsystems.“ („Weiterentwicklung der Berliner Schulstruktur“, Beschluss des Abgeordnetenhauses von Berlin am 25. 06. 2009)

Dies ist die Positionierung des Berliner Abgeordnetenhauses anlässlich der Einführung der „Integrierten Sekun-



Engagiert vorgetragene Positionen führen ...



... zu intensivem Nachdenken

darschule“, meines Wissens die einzige Positionierung eines Landes-Parlamentes zumindest in letzter Zeit, die ein „ungegliedertes, nicht auslesendes Schulsystem“ als Ziel benennt und damit die Entwicklungsrichtung vorgibt.

- Es bleibt unklar, woraus sich die leidenschaftliche Debatte über den Unterschied zwischen Gesamtschule und anderen Formen der „Lohmannschen“ Oberschule begründet:
 - Was in den verschiedenen Bundesländern unter Gesamtschule verstanden wird, ist so vielfältig wie die verschiedenen Formen der anderen „Oberschulen“.
 - In manchen Fällen gehen die Regelungen und die Praxis in „Oberschulen“ über den Standard vieler Gesamtschulen hinaus, z. B.:
 - Die Gemeinschaftsschule in SL und SH, die Integrierte Sekundarschule in BE, die Oberschule in HB und die Stadtteilschule in HH realisiert die langjährige Forderung auf Aufhebung des Zwanges zu äußeren Leistungsdifferenzierung, die Gemeinschaftsschule in BE verzichtet vollends auf diese Differenzierungsform.
 - Die Gemeinschaftsschule in BE umfasst standardmäßig auch die Grundstufe.
 - Jeder von uns wird die Gründung weiterer Gesamtschulen begrüßen. In Zeiten stagnierender oder gar rückläufiger Schülerzahlen geht das nur, wenn andere Schulen schließen. Das werden in der Regel Real- und Hauptschulen sein, Gymnasien nur in Einzelfällen. Konsequenz zu Ende gedacht führt also derzeit die weitere Gründung von Gesamtschulen zu eben jener ungeliebten Zweigliedrigkeit.
- Ich denke, die bestehenden Gesamtschulen und andere vollständige integrierende Schulen sind Vorläufer für die gemeinsame Schule für alle, wie wir sie uns wünschen:

- mit Binnendifferenzierung statt äußerer Leistungsdifferenzierung
- mit ressourcengestützter Inklusion
- mit Leistungs- und sozialer Heterogenität (analog der Bevölkerungsstruktur der jeweiligen Kommune)
- auch als kleinere organisatorische Einheit.

Zu 3. Schule für alle in einem Schritt

Ich teile den Wunsch, dass es möglichst bald zu der einen gemeinsamen Schule für alle kommen möge; sie ist überfällig. Allerdings sehe ich derzeit nirgendwo relevante politische Kräfte, die diese Schule für alle ohne Zwischenstationen zu realisieren bereit wären. Dies auszusprechen halte ich für eine nüchterne Beschreibung der derzeitigen Realität. Selbst die rot-rote Koalition in Berlin hat ein *ungegliedertes, nicht auslesendes Schulsystem* lediglich, aber immerhin als Ziel formuliert und dann eine „zweigliedrige Lösung“ als Zwischenschritt realisiert.

Zu 4. Hamburger Reform

Die Einschätzung, dass die in Hamburg geplante und nun nur z. T. realisierte Schulreform die Anstrengung nicht wert ist, vermag ich nicht zu teilen.

- Die Verlängerung des gemeinsamen Lernens aller Kinder um 50 % (von 4 auf 6 Jahre) wäre ein Schritt in die richtige Richtung und auch auf Grund der Wößmannschen Befunde richtig.
- Die Stadtteilschule führt zu einer sehr viel größeren Zahl von Schüler/innen, die eine integrierte Schule besuchen. Die Abschaffung der Hauptschule sorgt dafür, dass das gerade in einem großstädtischen Ballungsraum anzutreffende Elend der Hauptschüler/innen nicht weiterhin strukturell festgeschrieben ist. Es beim Alten zu belassen hieße, dieses Elend zu perpetuieren.

Für mich ist ein ganz anderer Aspekt an den ursprünglichen Hamburger Umbauplänen problematisch: die beabsichtigte Zerschlagung der Langformschulen (mit Grundschule). Diese konnte nur mit viel Aufwand nach dem Scheitern der Grundschulzeitverlängerung für einige Schulen verhindert werden.

Diese Diskussion ist im Kern ja nicht neu. Seit 2006/2007 hat sich die GGG mit den angesprochenen Fragen in der Verbandsöffentlichkeit und den Gremien beschäftigt. Bis heute zähle ich 42 Veröffentlichungen (in 21 Heften) zu aktuellen Strukturfragen in den Kontakten bzw. dem Journal (einschl. 6 Artikeln zu Fragen der Inklusion). An dieser Diskussion haben sich viele beteiligt, alle vorgebrachten Ideen und Einwände sind in den nicht immer einfachen, jedoch solidarisch geführten Diskussionsprozess eingeflossen. Die Antragsformulierungen zur Positionsbestimmung der GGG, die diesen Diskussionsprozess dokumentiert haben, sind stets vor den beschlussfassenden Mitgliederversammlungen veröffentlicht worden und in zahlreichen Mitgliederversammlungen in den Ländern diskutiert worden. Diese Diskussion kulminierte in den (einstimmigen) Beschlüssen der (Bundes-)Mitgliederversammlungen 2008 und 2010.

Ich fände es gut, wenn sich künftig alle Positionen in den demokratischen Diskussionsprozess des Verbandes einbrächten und nicht erst nachträglich als „Gegenposition“ formuliert würden. Nur so können wir bei Meinungs- und Positionsunterschieden zu einem konstruktiven und solidarischen Umgang miteinander finden. ◆



BEISPIELHAFTHE PROJEKTE

CHRISTA LOHMANN

Bilinguales Lernen in Gesamtschulen

und Bericht über die 49. Tagung der BAG Englisch

Bilinguales Lernen ist bislang eher eine Randerscheinung an Gesamtschulen. Aus unterschiedlichen Gründen haben diese Schulen die Chance des fremdsprachlichen Sachfachunterrichts nicht gesehen oder unterschätzt. Jetzt hat sich die BAG, die *Bundesarbeitsgemeinschaft Englisch an Gesamtschulen*, auf ihrer Fachtagung im Juni 2011 in einer ihrer Arbeitsgruppen u. a. dieses Themas angenommen.

1. Bilinguales Lernen in Gesamtschulen

Um die gegenwärtige Situation und damit die Weiterentwicklung des bilingualen Unterrichts an Gesamtschulen zu verdeutlichen, sei ein Rückblick auf das Jahr 2006 erlaubt: In einem *GGG-extra* hatte ich über die Ergebnisse der damals gerade erschienenen DESI-Studie (*Deutsch Englisch Schülerleistungen International*) berichtet, die vor allem für die Haupt- und Gesamtschulen miserable Leistungen im Englischen nachgewiesen hatten.¹ Da schon zu der Zeit *Bili* ein Erfolgsmodell war, lautete die 5. meiner Schlussfolgerungen:

„Die Gesamtschulen müssen sich mehr als bisher für bilingualen Unterricht einsetzen, weil dort die Lernerfolge in der Fremdsprache am höchsten sind. Grund: Die Fremdsprache ist Arbeitssprache, ist Instrument zum Verstehen sinnvoller Texte und nicht ein zum Konstrukt verkommener Selbstzweck von belanglosen Sätzen. Schließlich lernt man Sprache im Gebrauch. Und bilingualer Unterricht bedeutet nicht, Sachfachunterricht in ganzen Schulzweigen oder Jahrgängen in der Fremdsprache zu unterrichten, schon Mo-

dule sorgen für ein erhöhtes Sprachwachstum. ‚Wir bieten bilinguale Module an‘, sollte zum Werbespruch der Integrierten Gesamtschulen werden.“

Erfreulicherweise ist die Zeit nicht stehen geblieben. Unter den bei der BAG zahlreich anwesenden, vor allem auch (wieder) jüngeren Englischlehrkräften, waren etliche, an deren Schulen bilingualer Unterricht läuft. In welcher Größenordnung bilingualer Unterricht, meist Englisch, an Gesamt- und Gemeinschaftsschulen stattfindet, ist schwer beziehungsweise gegenwärtig nur bruchstückhaft zu ermitteln. In der KMK wird derzeit an einer Empfehlung zum Sprachenlernen gearbeitet, in der auch dem bilingualen Unterricht ein besonderer Stellenwert zukommt. Ob dazu auch Datenmaterial erhoben wird, ist indes nicht sicher.

Die Geschäftsstelle der GGG schafft es – nachvollziehbar – nicht, eine entsprechende Befragung der bei ihr eingetragenen Lehrkräfte und Schulen durchzuführen. Von den von mir persönlich angeschriebenen Landesverbänden von Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein liegen mir derzeit folgende Daten vor, die sehr unterschiedlich detailliert sind²:

- Von den Hamburger Stadtteilschulen machen 16 % bilinguale Angebote. Unter diesen 8 Schulen legen 5 den Schwerpunkt auf Englisch. Sie beginnen mit bilingualem Unterricht teils in 5/6 bzw. nur in 5/6, teils im 7. Jahrgang mit den Sachfächern Geschichte, Erdkunde, Gesellschaft und in der Sekundarstufe II. Bemerkenswert sind die Angebote mit Deutsch-Portugiesisch,

Deutsch-Türkisch und Deutsch-Spanisch. Außerdem hat Hamburg eine zweisprachige spanisch-deutsche Schule. Im Vergleich zu den Stadtteilschulen machen 33 % der Gymnasien bilinguale Angebote.³

- Nach dem Stand von 2007 gibt es laut Hessischem Kultusministerium 44 Bilinguale Angebote Englisch an Gymnasien, 26 an Realschulen. An den Integrierten Gesamtschulen, so die Landesvorsitzende der GGG, Gabriele Zimmerer, gibt es vielfältige Bili-Klassen, -Zweige oder -Züge, oft im Wahlpflichtbereich. Neben dem klassischen Bili-Lernbereich von Gesellschaftslehre – meist in 9/10 – gibt es Angebote in Musik, Kunst, Sport und vor allem in Naturwissenschaften.
- In Niedersachsen hält die Auflistung der Fachmoderatorin Englisch, Susanne Quandt, 9 Kooperative und 14 Integrierte Gesamtschulen mit bilingualen Angeboten fest. Die eingesetzte Fremdsprache in Bili-Klassen, -Kursen und -Zweigen – einmal werden auch Module erwähnt – ist durchweg Englisch. Was auffällt, ist die beachtliche Sachfachbreite von Geschichte, Erdkunde, Gesellschaftslehre, Politik und Cultural Studies über Biologie und die Naturwissenschaften bis hin zu Sport und Hauswirtschaft. Nicht selten finden die bilingualen Angebote im Wahlpflichtbereich statt. Es darf hier nicht übersehen werden, dass der bilinguale Unterricht in den Kooperativen Gesamtschulen sich überwiegend auf die Schulart Gymnasium bezieht, mit den beiden Ausnahmen von Business English im Realschulbereich.
- Nordrhein-Westfalen verfügt über ein eigenes Gesamtschulverzeichnis, das die Schulprofile auflistet. Danach findet an 39 von 230 Gesamtschulen bilingualer Unterricht statt – das sind, vergleichbar mit Hamburg, stattliche knapp 17 %. Mit sehr wenigen Ausnahmen, in de-

nen die Unterrichtssprache Italienisch, Französisch, Spanisch, Niederländisch oder Neugriechisch ist, handelt es sich um Englisch; in einem Fall wird ergänzt, dass es sich um die Modulform des bilingualen Unterrichtens handelt.

- Schleswig-Holstein schneidet mit drei der Gemeinschaftsschulen, in denen das Fach Weltkunde auf Englisch unterrichtet wird, schlecht ab, während es bei den Gymnasien etwa 25 % sind.

Auch wenn wir mit diesen Zahlen noch keineswegs zufrieden sein können, so hat sich die *Bili*-Szene im Bereich der Gesamtschulen erfreulicherweise sehr deutlich verbessert. Es steht zu hoffen, dass weitere Gesamt-, Gemeinschafts- und Stadtteilschulen den vorhandenen Beispielen folgen.

2. Die BAG Englisch und die 49. Fachtagung

Um das Thema *Bilingualer Unterricht an Gesamtschulen* zu diskutieren und möglichst zu verbessern, hat sich, wie gesagt, die Bundesarbeitsgemeinschaft Englisch an Gesamtschulen u. a. dieser Problematik angenommen. Was ist nun die BAG? Zur Information heißt es in deren Internetauftritt:

„In der bildungspolitischen Aufbruchsituation am Anfang der 1970er Jahre und den Schulversuchen mit Gesamtschulen wurden auf Anregung eines Hamburger Oberschulrates für eine Reihe von Unterrichtsfächern Arbeitsgemeinschaften auf Bundesebene gebildet, die sich aus den jeweiligen Fachmoderatoren (Fachsekretären o. ä.) der Länder zusammensetzten. Aufgabe dieser Bundesarbeitsgemeinschaften („BAGs“) sollte neben Absprachen über die Curriculumentwicklung der Gesamtschulen auch eine Service- und Clearingfunktion sein.“ (www.bag-englisch.de)

Was für die Mitglieder der GGG besonders interessant sein dürfte, ist die Tatsache,

dass die BAGs Englisch und Französisch immer noch existieren, während die meisten anderen Fächer über die Gründungszeitung nicht hinaus kamen.

Die 49. Fachtagung fand vom 22. bis 25. Juni 2011 im Pädagogischen Institut der Ev. Kirche von Westfalen in Villigst/Schwerte, Ruhr, statt. Unter der Leitung des Gründungsvorsitzenden der BAG, Dr. h. c. Christoph Edelhoft, stand sie unter dem Thema *Globales Lernen in Projekten*.

Das Leitreferat hielt Prof. Dr. Bernd Overwien „Globales Lernen in der Schule – Anforderungen und Realität“, der zusammen mit Marianne Demmer von der GEW einen lesenswerten Artikel zu der Frage geschrieben hat; „Wie gelingt Globales Lernen in der Schule? Der steinige Weg für eine Erziehung zum Weltbürger“⁴. Dabei beziehen sie sich auf ein Gemeinschaftsprojekt der Kultusministerkonferenz (KMK) und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit dem Titel „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Die auf das Fach Englisch bezogenen Plenarvorträge beinhalteten „Lernen im Projekt – fachdidaktischer Aspekt“ (Prof. Dr. Michael Legutke) und – höchst aktuell – „Projekte im Netz“ (Prof. Dr. Torben Schmidt). Daran schlossen sich themenbezogene Arbeitsgruppen an, u. a. „Bilinguale Projekte“ als ein möglicher Beitrag zum Globalen Lernen.

3. Der Workshop Bilinguale Projekte

Der Workshop wurde von der Autorin zusammen mit Lilo Bohnsack moderiert. Das Interesse an der Arbeit war stark praxisorientiert. So lag der Schwerpunkt unserer Einführung auch auf der Frage der Methoden und, davon kaum zu trennen, auf der Problematik der Integration von fachlichem und sprachlichem Lernen. Hier der Impuls zur Methodenfrage:

„Der Methodenfrage ist bis dato am wenigsten Aufmerksamkeit geschenkt worden. Im Allgemeinen wendet die Lehrkraft ihr methodisches Knowhow aus dem Sprachenunterricht ungeprüft auch im Sachfach an. Damit beginnt bereits das Problem, weil der heutige Englischunterricht trotz aller Anregungen vom Europäischen Referenzrahmen und der Diskussion über die Sprachkompetenzen den *communicative approach* nicht in den Mittelpunkt stellt. Er orientiert sich weitgehend unbeirrt an den ‚Traditionen des Fremdsprachenlernens, die von Lexik, Grammatik und Textstrukturen ausgingen‘, mit denen laut KMK und Bildungsstandards endgültig Schluss gemacht werden soll. Die Übertragung auf den fremdsprachigen Sachfachunterricht führt zu einem lehrerzentrierten, instruktivistischen Unterrichtsverfahren. Dominierende Instruktion steht aber nicht nur im Widerspruch zu den Zielen des kommunikativen Fremdsprachenunterrichts, sondern zu allen neueren Lerntheorien. So werden Gruppenarbeit, Projektunterricht, selbstständiges Arbeiten zu wenig genutzt, obgleich gerade der Sachunterricht dazu große Chancen bietet. Umgekehrt eröffnen sich dadurch, dass die fremdsprachlichen Kompetenzen sehr viel eher entwickelt sind, auch für den Fremdsprachenunterricht neue Möglichkeiten. So können Zielsetzungen wie die *language awareness* und die *cultural awareness*, die in den Lehrplänen inzwischen eine stärkere Rolle spielen, früher und komplexer angegangen werden“ (Lohmann, BAG 2011).

Zur Problematik der Integration von fachlichem und sprachlichem Lernen haben wir die Thesen von Wildhage und Otten⁵ eingesetzt:

These 1

Integration von Inhalt und Sprache bedeutet für das bilinguale Sachfach die Verwendung der Fremdsprache als Arbeitssprache. Ausgangs- und Bezugspunkt didaktischer Planung ist damit zunächst die Fachdidaktik des Sachfaches. Fremdsprachendidaktische Konzepte und Methoden unterstützen die fachspezifischen Lehr- und Lernprozesse.

These 2

Integration von Inhalt und Sprache bedeutet deshalb zunächst eine gezielte Erschließung der bisher ungeahnten Chancen für die Sachfächer selbst, die sich aus den erweiterten fachlichen Perspektiven in der Dimension des interkulturellen Lernens und durch die Verwendung von Fremd- und Muttersprache als Arbeitssprachen ergeben.

These 3

Die Integration von Inhalt und Sprache im Sachfach erfordert, dass die Formen des Lehrens und Lernens sich am derzeitigen Wissensstand über institutionellen Spracherwerb orientieren.

Diese zielen ab auf eine prozessorientierte Entwicklung

- der kommunikativen Kompetenzen in den so genannten four skills: ...,
- der linguistischen Kompetenzen bezogen auf die Verfügbarkeit von sprachlichen Mitteln: ...,
- der interkulturellen Kompetenzen bezogen auf soziokulturelle Themen und Inhalte, auf Strategien interkultureller Kommunikation, auf einen Umgang mit kultureller und sprachlicher Differenz ...,

- der methodischen Kompetenzen bezogen auf Lernstrategien sowie Lern- und Arbeitstechniken des selbstständigen wie kooperativen Lernens.

These 4

Integration von Inhalt und Sprache im bilingualen Sachfach zur Optimierung der sachfachlichen Lehr- und Lernprozesse bedeutet die systematische und gezielte Unterstützung der sprachlichen Komponenten in komplexen Lernsituationen. (Dem Begriff der Unterstützung, gemeinhin in der Literatur *scaffolding* genannt, muss hier besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.)

These 5

Integration von Inhalt und Sprache im bilingualen Sachfach bedeutet Orientierung an einem Konzept funktionaler Mehrsprachigkeit. Praktisch hat sich im bilingualen Unterricht durchgesetzt,

- dass zwei- und mehrsprachige Text- und Materialarrangements im Sinne von Multiperspektivität und Perspektivwechsel das fachliche und sprachliche Lernen bereichern und intensivieren,
- dass kontrastives und vergleichendes Arbeiten die fachspezifische Begriffs-

bildung erleichtert und nachhaltiger macht,

- dass für den bilingualen Unterricht das Konzept der aufgeklärten Einsprachigkeit ... nicht ausreicht, da wir zu einer funktionalen Mehrsprachigkeit in der Verwendung von Fremdsprache und Muttersprache kommen müssen ...

These 6

Integration von Inhalt und Sprache bedeutet für die fächerverbindende Koordination von Fremdsprachen- und bilingualem Sachfachunterricht eine gezielte arbeitsteilige Erschließung und Nutzung von Synergieeffekten und die entschiedene Akzentuierung des jeweiligen Profils von Sachfach- und Fremdsprachenunterricht“

In der Gruppe wurde anschließend in Umrissen ein Mini-Projekt entwickelt, das sich mit dem Thema Ernährung befasst:

A Cross-curricular Module „From Food to World Food Problems“ (Geography, besides Biology, Ethics, Politics). Aiming at grade 7/8, based on Notting Hill Gate 3 and 4, unit 1

Learning Objectives:

Referring to existing knowledge –
What do students already know / What are they aware of?

1. the need of food / origin and fabrication
2. variety: food at home and abroad
3. healthy / unhealthy food
4. shortage and affluence

Rising awareness

1. of your own eating habits
2. of your health
3. of the interdependence between industrial and developing countries

Acting responsibly

- eating meat – how much grain is needed for a steak?
- biological fuel - how much land is used up to produce it?
- genetically modified food



Starvation ...

Methodical Approach:**Introductory talk**

- What is your favourite food?
- When do you eat? How often?
- What do you eat? What is it made of? Where does it come from? (=> Map)
- What is typical for ...
 - Germany
 - Turkey
 - USA
 - GB ...
- What do you think is healthy / unhealthy? Why?
- What do you think happens, if you don't get enough food?
- Have you ever been really hungry?
- Do you know sb. who has ever been hungry? (=> HW: Ask your grandparents!)
- Can you imagine people being hungry in your community? Who could that be? Find out what your community does about it.
- What do you know about hunger in the world today?

Input:

Did you know that over one billion people suffer hunger in the world each day? That is about one-sixth of the population of the planet. The *World Food Programme*, part of the United Nations, helps feed people around the world and has created online resources to help kids learn about hunger and ways to help. The WFP blog for students and teachers called, Teaching Hunger, is a great way to learn more about how hunger affects people around the world. Another WFP blog, On the Road, features videos highlighting hunger issues. Check out the links below to visit the World Food Programme blogs on their website.

Bereitstellung von / Verweis auf Quellen / Material:

- Diercke International Atlas
- Diercke Geography, Vol. 2, p. 28, World Hunger
- Internet (ausgewählte Seiten)

Visit the World Food Programme's Teaching Hunger Blog.

Visit the World Food Programme's On the Road blog.

Learn how you can help others during the holidays this year on National Geographic Kids.

Zur Durchführung eines solchen bilingualen Projektes sind unterstützende Maßnahmen (*scaffolding* genannt) erforderlich, z. B. Vokabelhilfen und Angebote an *chunks*.

Tasks:

Obgleich das Projekt viele fächerübergreifende Aspekte hat, ist es schwerpunktmäßig im Sachfachunterricht angesiedelt, wie die folgenden möglichen Aufgaben zeigen.

- Look at p. 192, map 2 in your atlas: What kind of map is it?
- What information does this map give you? How do you „read“ these pieces of information?
- Does any of this information surprise you? Why? Why not?
- The main crops in Europe are corn and potatoes. What are the traditional main crops in Asia, Africa and Australia? (See the atlas)

Choose:

- Bring an empty food package or label from home. It should be of sth. from far away. Try to reconstruct the origin of that food. Where does it come from? Which way did it take? How long was it? (Use the atlas)

or

- Ask your local green grocer: What is his / her most exotic food? What can he / she tell you about its origin and way to Germany?

Write a report for a newspaper magazine about it

or

Write a lively story with the item as 1st person narrator („Hi, I'm Ben, the banana ...“)

Further research / Tasks:

- When the price for coffee drops, everyone in Germany is happy. What about the coffee farmers in Africa?
- Think about how our eating habits in Europe affect the hunger problem in developing countries. Write down your ideas.
- Look at the graph „Food Price Roller Coaster“ and analyse it: What does it show?
- How do political incidents correlate with the price of food? (<http://usa.wfp.org/web-story/food-price-rollercoaster>)
- Comment on the statement *Rising food prices have pushed 44 million people into extreme poverty and hunger since June 2010* Do you think it's true? Why? Why not?
- Look at the graph „Family spending on food“ below: What consequences does it have for a family in USA and Kenya when food prices drop or rise?

Informationen über die Vorträge etc. können über www.bag-englisch.de abgerufen werden. ◆

Anmerkungen

- 1 GGG-Extra GESAMTSCHUL-KONTAKTE 3/2006, S. VII
- 2 Allen, die mir bei der Datensammlung geholfen haben, ein herzliches Dankeschön.
- 3 Daten aus: *Den richtigen Weg wählen. Hamburgs weiterführende Schulen im Schuljahr 2011/12*, hrsg. Behörde für Schule und Berufsbildung
- 4 VENRO (Hrsg.), *Jahrbuch Globales Lernen*, Bonn 2010, S. 9–21
- 5 Manfred Wildhage und Edgar Otten (Hrsg.), *Praxis des bilingualen Unterrichts*, Berlin 2009³ A., S. 24–32

KLAUS WINKEL

Triple A

Bericht über die 14. Klausurtagung der GGG-Hessen in Beatenberg

„Das war Triple A“, schwärmte ein Teilnehmer nach dem Auftritt von Amanda und Olivia am Morgen des dritten Tages seines Aufenthaltes Anfang Oktober im Institut Beatenberg. Diese beiden 14-jährigen Schülerinnen beglaubigten als Personen, durch ihre Berichte, durch ihre klaren Antworten auch auf die kritischsten Fragen das Konzept *Beatenberg* nachhaltig. Es gab wohl keine/n Teilnehmer/in der 45 Personen umfassenden Pädagog/innen-Gruppe aus Deutschland, der/die nach dieser Vorstellung nicht tief beeindruckt und überzeugt war.

Nun war der Beitrag dieser Schülerinnen keineswegs, wie die Anfangsbuchstaben ihrer Vornamen anzunehmen nahelegt, A und O der Exkursion, sondern der Höhepunkt der fünftägigen Erkundung dieser Schweizer Internatsschule in den Bergen über dem Thuner See bei Interlaken. Bereits am ersten Abend hat der Inhaber und Spiritus rector des Instituts Beatenberg Andreas Müller die Philosophie seines Hauses vorgestellt, am Tag darauf wurden

die Schülerarbeitsplätze (Baustellen) und die Arbeitsmaterialien (Baumarkt) streng in Augenschein genommen. Die dabei auftauchende Probleme, Zweifel, Ungewissheiten konnten in Fragen umformuliert werden, die wiederum Andreas Müller sorgfältig beantwortete. Von den über 60 Fragezetteln fiel keiner unter den Tisch. Doch noch am Nachmittag des dritten Tages beantworteten Schulleiter Virgilio Vrivelli und Lehrerin (Lerncoach) Bärbel Weber-Wäcken viele der aufkommenden Fragen. Danach hatten viele den Eindruck, *Beatenberg* nicht nur kennengelernt, sondern auch verstanden zu haben: Diese Internatsschule arbeitet anders – und, siehe Amanda und Olivia, verblüffend erfolgreich.

Die Anstrengung der Exkursion liegt aber nicht im Erkunden von *Beatenberg*, sondern darin, in kleinen Arbeitsgruppen an selbstgestellten Aufgaben zu arbeiten, die in der Regel die Frage zum Inhalt haben, was für die je eigene Schule und die eigene Praxis bedeutend gemacht werden kann: Was können wir unseren Schulen von Kiel

bis München anverwandeln? Die Ergebnisse des Nachdenkens und Beratens, die am späten Nachmittag des vierten Tages präsentiert wurden, bezeugten die intensive Arbeit aller Teilnehmer/innen und die in der Gruppe vorhandenen und genutzten Kompetenzen. Doch vor allen Teilnehmer/innen lagen zu dieser Zeit bereits die Mühen der Ebene weit weg von den sonnenbeschienenen Bergen des Berner Oberlandes. Dass es sich lohnt, diese Mühen mit der gewonnenen Kraft und dem erarbeiteten Ideenreichtum dieser Tage auf sich zu nehmen, bezeugen die Schüler/innen des Instituts Beatenberg. Etwas Beatenberg kann überall geschaffen werden im wohlverstandenen Interesse der Kinder und Jugendlichen.

Nachtrag: Die 15. Klausurtagung von 03.–07.02.12 ist vereinbart. Hans-Peter Kirsten-Schmidt (K-S@ggg-hessen.de) bereitet auch diese bewährt sorgfältig vor und sichert mit seinem Team einen erfolgreichen Aufenthalt. Im Hause sorgen sich alle darum, dass die Gäste sich wohlfühlen. ♦



Hans-Peter Kirsten-Schmidt, der Organisator und Moderator der Beatenberg-Klausuren: möge er sich hüten, seinen Hut zu nehmen.

Heft 4/Dezember 2011

Eine Welt in der Schule

Unterrichtsvorgänge für die Grundschule und Sekundarstufe I

Kleidung und Globalisierung

- Die Weltreise einer Fleeceweste
- »Perspektive wechselt«
- Der Markt – Platz des Vertrauens?
- Indonesien – Materialkiste
- Neue Vertriebsstruktur

Redaktion: El Salvador
Verlag: Grundschulverband e.V.

Einleser in diesem Heft!



WERNER KERSKI

Der „Schulpolitische Konsens“ in NRW

Am 19.07.2011 wurde in NRW der „Schulpolitische Konsens“ zwischen den drei Parteien CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen. Diese Vereinbarung folgt den Empfehlungen der Bildungskonferenz. Diese Bildungskonferenz wurde vom Schulministerium im September 2010 gegründet und tagte kontinuierlich bis zur Verkündung ihres Ergebnisses am 20.05.2011 als Gesamtkonferenz und in verschiedenen Untergruppen. Alle relevanten bildungspolitischen Gruppen, Gewerkschaften und Parteien – mit Ausnahme der FDP, die ihre Mitarbeit schon nach der ersten Sitzung aufkündigte – trafen sich in diesem Gremium, um einen Konsens für die Schulentwicklung in NRW zu erarbeiten. Vor allem in der Arbeitsgruppe *Schulstruktur in Zeiten demografischen Wandels* trafen die unterschiedlichen Positionen aufeinander. Trotzdem gelang es auch hier, Kompromisse zu formulieren. Die obengenannten Parteien nahmen die Diskussion auf und vereinbarten im Konsens gemeinsame Leitlinien für die Schulgesetzgebung. Die Parteien binden sich bis zum Jahr 2023, eine einseitige Kündigung ist untersagt.

In dem Konsens wird die bisher bestehende Verfassungsgarantie der Hauptschule aufgegeben und als neue Schulform die Sekundarschule beschlossen.

Änderung der Verfassung von NRW

In der bisher gültigen Verfassung von NRW wurde die Existenz der Hauptschule in der Rechtsnachfolge der Volksschule garantiert. Im Jahr 1968 wurde die Volksschule durch die Grundschule und die Hauptschule abgelöst. Die entsprechenden Regelungen in der Verfassung des Landes NRW lauten:

„§8 (2) Es besteht allgemeine Schulpflicht; ihrer Erfüllung dienen grundsätzlich die Volksschule und die Berufsschule.

§12 (1) Die Volksschule umfasst die Grundschule als Unterstufe des Schulwesens und die Hauptschule als weiterführende Schule.“

Die Verfassungsgarantie ist eng mit der Frage der Schulpflicht verbunden. Der Gesetzgeber hat in der Verfassung nicht nur die Schulpflicht verankert, sondern auch gleichzeitig festgelegt, an welchen Schulen die Eltern die Erfüllung dieser Pflicht nachkommen können. Das bedeutete faktisch trotz massiv zurückgehender Schülerzahlen eine Bestandsgarantie für die Hauptschule. In erreichbarer Nähe musste eine Hauptschule angeboten oder in einer anderen Schule der Hauptschullehrgang abgebildet werden. Die Bildungskonferenz hat dazu folgendes vorgeschlagen:

„Um eine Weiterentwicklung des nordrhein-westfälischen Schulsystems zu ermöglichen und der Verfassungswirklichkeit Rechnung zu tragen, wird empfohlen, die institutionelle Gewährleistung der Volksschule gemäß Artikel 12 Absatz 1 Landesverfassung NRW zu überprüfen.“

Im Schulkonsens wurde vereinbart:

„Der Schülerrückgang und das veränderte Elternwahlverhalten zwingen zu Veränderungen der Schulstruktur. Trotz guter Arbeit wird die Hauptschule vielfach nicht mehr angenommen. Sie spiegelt daher den Verfassungsanspruch nicht mehr wider. Die Hauptschulgarantie der Verfassung wird daher gestrichen ...“

Die konsenstragenden Parteien vereinbarten folgende Neuformulierung in der Verfassung:

„Das Land gewährleistet ein ausreichendes und vielfältiges öffentliches Schulwesen, das ein gegliedertes Schulsystem, integrierte Schulformen sowie weitere andere Schulformen ermöglicht.“

In dieser Kompromissformulierung wird eine Tendenz des Konsens deutlich: Den Kommunen soll ermöglicht werden, ihr Schulangebot zu gestalten. Das Land schafft nur den Rahmen. Ob nun eine Kommune ein integriertes System oder ein gegliedertes System oder auch beides anbietet, liegt in der Entscheidung der Kommune. Die Auseinandersetzung um die Schulentwicklung wird so kommunalisiert.

Schulangebot in NRW und die neue Schulform Sekundarschule

Im Schulkonsens findet sich folgende Festlegung:

„Das Schulangebot in NRW soll zukünftig bestehen aus:

- Grundschule
- Gymnasium
- Realschule
- Hauptschule
- Sekundarschule
- Gesamtschule
- Berufskollegs mit allgemeinbildenden und berufsbildenden Bildungsgängen
- Weiterbildungskollegs sowie
- Förderschulen, soweit sie trotz Inklusion erforderlich sind.“

Eine Grafik verdeutlicht die vielfältigen Möglichkeiten. Im Bereich der Sekundarstufe I gibt es danach mit dem Gymnasium, der Realschule, der Hauptschule, der Sekundarschule, der Gesamtschule und der Förderschule sechs Schulformen im Angebot.

Zudem trägt auch NRW zur nationalen Begriffsverwirrung bei. Die Gesamtschule in NRW ist nur zum Teil vergleichbar mit der gleichnamigen Schulform in anderen Bundesländern und die NRW-Sekundarschule ist etwas anderes als z. B. die Sekundarschule in Berlin. Zur Klärung sollen die beiden Schulformen Gesamtschule und Sekundarschule im Einzelnen vorgestellt werden.

Gesamtschule

Alle 231 Gesamtschulen in NRW sind durch folgende Strukturmerkmale gekennzeichnet:

- An einer Gesamtschule in NRW können die Schüler/innen je nach Leistung sämtliche Abschlüsse, auch das Abitur erreichen. Sie ist damit eine Schule der Sekundarstufe I und II (gymnasiale Oberstufe).
- Gesamtschulen sind mindestens vierzünftig.
- In NRW ist die Fachleistungsdifferenzierung für alle Gesamtschulen verpflichtend. Es gibt keine additiven oder kooperativen Gesamtschulen. Inzwischen gibt es eine breite Diskussion an den Gesamtschulen, die Differenzierung aufzuschieben oder ganz aufzugeben.
- Gesamtschulen sind immer Schulen mit einem gebundenen Ganztag. Der Ganztagszuschlag beträgt 20 %.

Sekundarschule

Im Schulkonsens wurden folgende Merkmale festgelegt:

- Die Sekundarschule ist eine Schule der Sekundarstufe I (Jahrgänge 5 bis 10).
- Sie ist mindestens dreizünftig.
- Der – in der Regel 9-jährige – Bildungsgang zum Abitur wird durch verbindliche Kooperation/en mit der gymnasialen Oberstufe eines Gymnasiums, einer Gesamtschule oder eines Berufskollegs gesichert.
- Die Sekundarschule bereitet Schüler/innen sowohl auf die berufliche Ausbildung als auch auf die Hochschulreife vor. Die neu zu entwickelnden Lehrpläne orientieren sich an denen der Gesamtschule und der Realschule. Dadurch werden auch gymnasiale Standards gesichert.
- In den Jahrgängen 5 und 6 wird gemeinschaftlich und differenzierend zusammen gelernt, um der Vielfalt der Talente und Begabungen der Schüler/innen gerecht zu werden.
- Ab dem 7. Jahrgang kann der Unterricht auf der Grundlage des Beschlusses des Schulträgers unter enger Beteiligung der Schulkonferenz integriert, teilintegriert oder in mindestens zwei getrennten Bil-

dungsgängen (kooperativ) erfolgen.

- Der Klassenfrequenzrichtwert beträgt 25.
- Die Lehrkräfte unterrichten 25,5 Lehrerwochenstunden.
- Die Sekundarschule wird in der Regel als Ganztagschule geführt, und zwar mit einem Zuschlag von 20 Prozent.

Damit unterscheidet sich die Sekundarschule von der Gesamtschule besonders durch die fehlende gymnasiale Oberstufe und die Möglichkeit der kooperativen Organisation in den Jahrgängen 7 bis 10. Im Konsens wurde darum auch festgelegt:

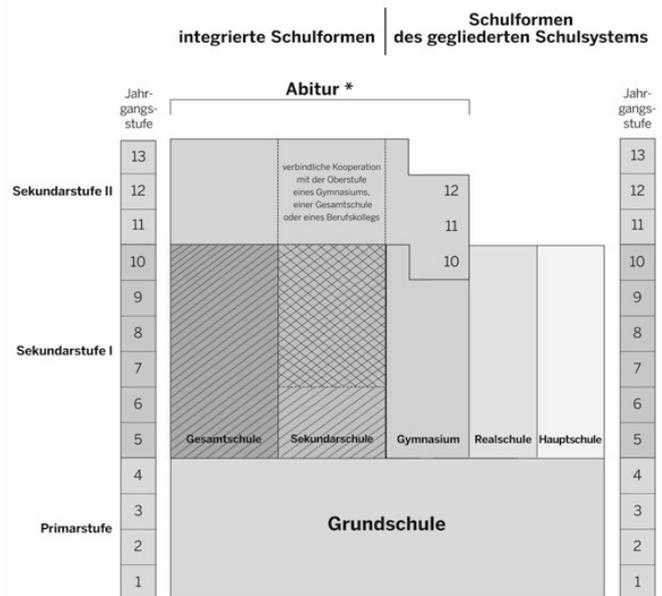
„Wenn der Bedarf für eine mindestens vierzünig integrierte Schule mit einer eigenen gymnasialen Oberstufe besteht, ist eine Gesamtschule zu gründen, für deren Errichtungsgröße der Wert 25 Kinder pro Klasse gilt.“

Mit der Einrichtung der Sekundarschule reagieren die Parteien auf die Empfehlung aus der Bildungskonferenz:

„Um den Kommunen größere Gestaltungsfreiheit zu geben bei ihrem Bemühen, unter den Bedingungen des demographischen Wandels, der verstärkten Nachfrage nach schulischen Angeboten, die eine Vielfalt an Abschlüssen anbieten, entsprechende wohnortnahe Schulangebote dauerhaft zu gewährleisten, sollten die Möglichkeiten zur Bildung organisatorischer Verbünde von Schulen unterschiedlicher Schulformen und integrativer Zusammenschlüsse unterschiedlicher Schulformen erweitert werden. Diese neuen Angebote müssen in einem definierten Zeitrahmen gründlich evaluiert

Schulsystem in NRW

Die Grafik stellt die allgemeinbildenden Schulen dar, ohne Berufskolleg und Förderschule.



An allen Schulformen können Schülerinnen und Schüler sowohl den Hauptschulabschluss nach Klasse 9, den Hauptschulabschluss nach Klasse 10 als auch den mittleren Schulabschluss machen.

integriert
integriert, teilintegriert oder kooperativ

* Anmerkung:
In der Regel dauert der Bildungsgang zum Abitur am Gymnasium acht Jahre (Ausnahme: Modellversuch GG mit 13 Schulen), an Gesamtschulen und Sekundarschulen dauert er neun Jahre. Individuelle Schulzeitverkürzung ist bei entsprechenden Leistungen möglich.

werden. Auf der Basis der Evaluationsergebnisse muss mittelfristig geklärt werden, welche Organisationsformen von Schule langfristig Bestandteil eines leistungsfähigen, sozial gerechten – und überschaubaren nordrhein-westfälischen Schulsystems sein sollen. Die Interessen der Schulen in freier Trägerschaft sind angemessen zu berücksichtigen.“

Bewertung des Konsenses durch die GGG NRW

„Die GGG NRW geht davon aus, dass die veränderten und erhöhten Ansprüche von Gesellschaft und Individuum eine Revision von Schulstruktur und Bildungsinhalten unumgänglich machen. In diesem Zusammenhang erscheint die Zusammenfassung aller Schulformen zu einer Schule für alle als das Modell einer adäquaten Schulstruktur, die einzuführen, zu entwickeln und auszuformen ist.“ So heißt es in der Satzung der GGG NRW.

Der Konsens ist ein Kompromiss zwischen der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – je nach Einschätzung ein größerer oder auch kleinerer Schritt in eine Richtung auf längeres gemeinsames Lernen. Ob mit dem Konsens ein wirklich großer Schritt auf dem Weg zu mehr gemeinsamen Lernen bis hin zu einem inklusiven Schulsystem getan wurde, das wird sich erst in der Ausgestaltung und Umsetzung zeigen. Die GGG NRW wird sich weiter gemäß ihrer Satzung für dieses Ziel einsetzen – diese Aufgabe ist mit dem Konsens nicht beendet.

Aus Sicht der Gesamtschulen sind im Konsenspapier folgende schulpolitischen Vereinbarungen zu begrüßen:

- Bis 2023 ist die Schulform Gesamtschule gesichert und verfassungsrechtlich verankert.

Das ist ein bemerkenswerter Schritt, wenn man bedenkt, dass wir in NRW noch vor 1½ Jahren eine Gesamtschulverhinderungspolitik von der damaligen schwarz-gelben Landesregierung erleben mussten. Die CDU hat ihren Frieden mit der Gesamtschule gemacht.

- Für die Errichtung von Gesamtschulen wird ebenso wie für Sekundarschulen eine Mindestklassengröße 25 festgelegt. Die bisher für die Errichtung einer neuen Gesamtschule notwendige Zahl von 112 Anmeldungen wird damit auf 100 gesenkt.
- Gesamtschulen und Sekundarschulen sind Ganztagschulen, der Ganztagszuschlag beträgt 20 %. Für beide Schulformen beträgt die Unterrichtsverpflichtung der Lehrerinnen und Lehrer 25,5 Stunden.

An Gesamtschulen, Sekundarschulen und Gymnasien bestehen gleiche Stundendeputate der Lehrkräfte. Die Ungerechtigkeit der unterschiedlichen Stundendeputate nach jeweiliger Schulform ist damit an diesen Schulformen aufgehoben, Lehrer/innen mit dem Lehramt für Gymnasien werden nicht benachteiligt, wenn sie sich für den Einsatz an einer Gesamtschule oder eine Sekundarschule entscheiden. Wie die Entwicklung

in anderen Bundesländern zeigt, ist dies ein wichtiger Erfolg.

- Eine Konkurrenzlage zwischen Sekundarschulen und Gesamtschulen ist ausgeschlossen. Will eine Gemeinde eine integrative Schule gründen, die eine gymnasiale Oberstufe beinhaltet, muss dies eine Gesamtschule sein. Diese Festlegung öffnet allerdings auch die Möglichkeit, Sekundarschulen beliebiger Zügigkeit ohne gymnasiale Oberstufe zu gründen.
- In den Sekundarschulen sind gymnasiale Standards zu sichern. Das hat zur Folge, dass die Heterogenität der Schülerschaft gewährleistet sein muss und dass Lehrkräfte mit dem Lehramt Gymnasium an diesen Schulen unterrichten.
- Die Hauptschulgarantie in der Landesverfassung wird gestrichen.

Ein wichtiges Problem in der Umsetzung bringen die Kommunalisierung der Schulentwicklungsplanung und damit der weitgehende Verzicht auf staatliche Steuerung mit sich. Der Konsens und ebenso die rot-grüne Koalition geht von der Grundposition aus, dass das Elternrecht auf freie Schulwahl die Leitlinie für die Schulentwicklungsplanung ist und dass durch eine Schulpolitik der Angebote und Ermöglichung den Kommunen der notwendige Spielraum gegeben wird, ihr regionales Schulangebot zu gestalten. Die Fülle an möglichen Schulformen gibt den Kommunen einen erheblichen Spielraum, ihr regionales Schulangebot zu gestalten. Aus diesem Ansatz folgt, dass die Auseinandersetzung um die richtige Schulform nun kommunalisiert wird. Mutige Politiker mit der Zielsetzung, die Schullandschaft vor Ort in Richtung Integration zu gestalten, erhalten so den gewünschten Entscheidungsspielraum. Leider sind weder alle Kommunalpolitiker mutig, noch haben sie immer Gestaltungswillen.

Entwicklungen

Das neue Schulgesetz trat am 20.10.2011 in Kraft. Entwicklungen sind deshalb mit Vorsicht einzuschätzen.

Es ist davon auszugehen, dass es in wenigen Jahren nur noch einige Hauptschulen ge-

ben wird. Der Schulbetrieb war schon bisher angesichts der drastisch zurückgehenden Schülerzahlen kaum noch aufrecht zu erhalten. Die Verfassungsgarantie war der wichtigste Schutz. Daraus folgt, dass sich die Schülerschaft an den Realschulen deutlich verändert. Diese Tendenz war schon in den vergangenen Jahren zu beobachten. Der Druck, entweder Gesamtschulen oder Sekundarschulen angesichts der demografischen Entwicklung zu gründen, wird zunehmen.

Gesamtschulneugründungen

In NRW gibt es eine größere Zahl von Kommunen, welche die Gründung einer Gesamtschule beschlossen haben oder die eine solche planen. Die Anzahl übertrifft deutlich die Gründungszahlen der vergangenen Jahre und war in der Vergangenheit allenfalls Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts nach Abschluss des Schulversuchs Gesamtschule zu vermelden. Die Attraktivität der Gesamtschule, aber auch das Konfliktpotential bei der Schulentwicklungsplanung hat ihre Ursache in der verbindlichen Festlegung, dass die gymnasiale Oberstufe Bestandteil jeder Gesamtschule ist. Wenn das Schüleraufkommen groß genug ist, bietet die Gesamtschule ein Angebot mit allen Schulabschlüssen ohne Schulwechsel. Das ist für Eltern und für Kommunen gleichermaßen attraktiv. Allerdings gerät die gymnasiale Oberstufe der Gesamtschule vor allem in Kommunen mit einer hohen gymnasialen Übergangsquote in Konkurrenz zu den schon existierenden Gymnasien. Auffällig ist es, dass gerade in ländlichen Gemeinden, die in der Regel CDU-regiert sind, Gesamtschulneugründungen zu verzeichnen sind.

Sekundarschule

In vielen Gemeinden wird die Gründung von Sekundarschulen vorbereitet. In der Regel findet ein Zusammenschluss einer Hauptschule und einer Realschule statt. In wenigen Fällen sind auch Förderschulen beteiligt. Ob diese neuen Schulen kooperativ oder integriert arbeiten, ob es ihnen gelingt pädagogisch neue Impulse zu setzen und

damit die kommunale Schullandschaft zu bereichern, bleibt abzuwarten.

Forderungen der GGG NRW

Wie schon dargestellt ist die Arbeit der GGG NRW mit dem Konsens keineswegs beendet. Wir werden uns weiter für das gemeinsame Lernen einsetzen. In Stellungnahmen zum Konsens und zum Schulgesetz hat die GGG NRW folgende Weichenstellungen von den Landtagsparteien, insbesondere von der rot-grünen Koalition eingefordert:

- In einer Rechtsverordnung ist festzulegen, dass die Schulträger bei der Bedarfsfeststellung im Rahmen der Schulentwicklungsplanung zwingend erheben müssen, ob ein Bedarf nach integrierten Schulen der Sekundarstufen I und II besteht, damit – wo möglich – Gesamtschulen mit eigener gymnasialer Oberstufe gegründet werden.

- Mit der Aufnahme eines Kindes übernimmt jede Schule die Verantwortung für dessen schulischen Werdegang bis zum Schulabschluss der Sekundarstufe I. Die in der Bildungskonferenz konsensual formulierte Empfehlung ist umzusetzen, wonach es Aufgabe und Ziel jeder Schule der Sekundarstufe I ist, einmal aufgenommene Schüler/innen unter Wahrung der Bildungsstandards mindestens bis zu einem ersten Schulabschluss der Sekundarstufe I zu führen (bzw. sie nach individuellen Förderplänen optimal zu fördern).
- Inklusion ist eine Aufgabe aller Schulen und aller Schulformen.
- Schulen mit anregungsarmen Entwicklungsmilieus – d. h. neue Restschulen – müssen verhindert werden. Ziel muss sein, gerade den benachteiligten Kindern eine Zukunftschance zu geben. Eine he-

terogen zusammengesetzte Schülerschaft an jeder Schule ist dazu eine wesentliche Voraussetzung.

- Die Gewinne aus der Demografie sind mit Vorrang für die Entwicklung des Sozialindex, der Integrationsstellen und des Inklusionsindex zu nutzen, um den Herausforderungen von Chancengleichheit und Inklusion Rechnung zu tragen.

Für den weiteren Prozess der Schulentwicklung in NRW und für die Beantwortung der offenen Frage, ob dieser Konsens ein großer Wurf oder nur ein Minimalkompromiss ist, wird es von großer Bedeutung sein, in welche Richtung der Tanker „Schulsystem“ gesteuert wird. Eindeutige Entscheidungen müssen getroffen werden, um dem Ziel eines integrierten und inklusiven Schulsystems näher zu kommen. ♦

MICHAEL FINK UND HANNES NIEHAUS

Wie Kommunalpolitiker eine Sekundarschule gestalten können ...

Die Stadt Dortmund hat im Mai 2011 den Auftrag zur Erstellung eines Pädagogischen Konzepts an eine Arbeitsgruppe vergeben: Kolleg/innen aus der Haupt- und Realschule in Westerfilde, die Schulleitung einer Grundschule aus dem Stadtteil, Schulleiter des kooperierenden Gymnasiums, der Gesamtschule, der Sprecher der Dortmunder Berufskollegs, ein Vertreter der Stadtelternschaft und zwei externe Berater/innen gehörten dem engeren Kreis an. Die Arbeitsgruppe wurde vom Fachbereich Schule der Stadt, von einem Mitglied der Dortmunder Bildungskommission (ein vom Oberbürgermeister der Stadt Dortmund einberufenes Beratungsgremium zur weiteren Entfaltung eines leistungsstarken, sozial gerechten Bildungssystems in Dortmund), von einem Schulentwicklungsforscher und der künftigen Schulaufsicht begleitet. Vorausgegangen waren die entsprechenden Beschlüsse

im Schulausschuss und Rat der Stadt Dortmund. Der Oberbürgermeister erklärte die Errichtung der Gemeinschaftsschule zur Chefsache und ließ es sich nicht nehmen, selbst die Arbeitsgruppe einzusetzen und das pädagogische Konzept nach Fertigstellung entgegenzunehmen. Der Fachbereich sollte über den Stand der Entwicklung dem Schulausschuss regelmäßig berichten. Hier haben Kommunalpolitiker Spielräume für eine Entwicklung der Schullandschaft genutzt: Ein pädagogisches Konzept wird im Vorfeld mit Beteiligten und außenstehenden Berater/innen erstellt und gibt der neuen Schulform Sekundarschule ein Gesicht.

... und welche Chancen sich für die Kinder ergeben

„Die Sekundarschule Westerfilde ist eine Schule für alle Kinder mit unterschiedli-

chen Lebensverläufen und Begabungen, eine Schule der bewussten Vielfalt. Alle Kinder sind nach ihrer Grundschulzeit hier willkommen und werden in ihrer Unterschiedlichkeit ernst genommen, wertgeschätzt und weiter gefördert“ (aus dem pädagogischen Konzept).

Durch *individuelle Herausforderung und Förderung* werden die Schüler/innen zu ihren bestmöglichen Abschlüssen geführt, ohne dass sie ein Klasse wiederholen. Dies geschieht durch:

- Eine kooperative Unterrichtskultur
- Selbstgesteuertes Arbeiten
- Projektlernen
- Frühzeitige Orientierung auf Beruf und Studium

Differenzierte Anforderungen werden sicher gestellt durch:

- die Berücksichtigung der Standards aller Schulformen (auch gymnasiale Standards),
- das Angebot von Profilen für verschiedene Kompetenzen (MINT, Arbeitslehre, Gesundheit und Sport, Darstellen und Gestalten und eine 2. und 3. Fremdsprache).

- Aber: erst frühestens ab Jahrgang 9 ist eine Fachleistungsdifferenzierung angedacht.

Schule für den Stadtteil

Kooperationspartner aus dem kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bereich bereichern an der Sekundarschule Westerfilde den Unterricht, vor allem in Projektphasen und in den Profilen. Wie Theatergruppen, Vereine, Orchester etc. leistet auch die Sekundarschule Westerfilde als Stadtteilschule, die sich bewusst ihrem Umfeld öffnet, einen Beitrag zum Kulturangebot, ist ein Kulturträger des Ortes und Motor im Gemeinde- und Gemeinschaftsleben.

Der Bildungsgang an der Sekundarschule Westerfilde:

Übergänge gestalten

Auch hier haben Politik und Verwaltung günstige Bedingungen geschaffen: Die Stadt Dortmund beteiligt sich ab dem Schuljahr 2011/12 an einem vierjährigen Netzwerkprojekt der Stiftung Mercator

und des Instituts für Schulentwicklungsforschung der TU Dortmund zum Thema *Übergänge gestalten*. Eine Einbindung der Sekundarschule Westerfilde in das Projekt eröffnet die Chance, die Rahmenbedingungen für eine tragfähige und systematische Kooperation zu erarbeiten.

In Dortmund steht mit dem „Orientierungsrahmen zur Berufsorientierung an Schulen der Sekundarstufe I“ ein Instrument zur Verfügung, das für die Entwicklung und Fortschreibung des Berufsorientierungskonzepts der Sekundarschule Westerfilde genutzt wird.

Die Sekundarschule Westerfilde strebt keine eigene gymnasiale Oberstufe an, sie stellt aber durch Kooperationsverträge mit Partnerschulen sicher, dass alle Schüler/innen bei entsprechender Qualifikation die Möglichkeit haben, die gymnasiale Oberstufe einer der Partnerschulen zu besuchen. Dem Kollegium der Sekundarschule Westerfilde werden Lehrer/innen mit der Lehrbefähigung für die gymnasiale Oberstufe angehören. Zudem werden Kolleg/innen der Partnerschulen mit gymnasialer Oberstufe oder des Beruflichen

Gymnasiums frühzeitig in die Fachkonferenzen und in den Unterricht einbezogen. ♦

Klassen 5/6	Klassenunterricht mit innerer Differenzierung Nach der Erkennung von Stärken durch Ausprobieren aller Profile Unterricht im gewählten Profil
Klassen 7/8	Klassenunterricht mit innerer Differenzierung und Wahlpflichtunterricht, der bis Jahrgang 10 fortgeführt wird, weiterer persönlicher Schwerpunktsetzung bis Jahrgang 10
Klassen 9/10	Klassenunterricht nach Bedarf mit Fachleistungsdifferenzierung in Erweiterungs- und Grundkursen Vorbereitung auf Beruf und/oder gymnasiale Oberstufe Sicherung des bestmöglichen Abschlusses

Solch ein Gespräch – mit einer leibhaftigen Kultusministerin – hatte ich noch nie geführt. Ich gewann den Eindruck, dass wir in BW am Anfang eines neuen Prozesses stehen, der nicht mehr revidiert werden kann. Die Widerstände im eher konservativen Teil der Bevölkerung und auch der Lehrerschaft scheinen gebrochen. Die Veranstaltungen der neuen Mannschaft im Kultusministerium im Lande stoßen auf großes Interesse. Die Säle sind voll und es gibt rege Diskussionen um die Details der vom MKS herausgegebenen Eckpunkte zur Innovation im Schulsystem. Ja, *Innovation* ist gemeint, nicht nur noch eine weitere „Reform“.

Worum geht es?

Es geht um eine neue Schule, die Gemeinschaftsschule (GMS) heißen wird. Der Streit um Begriffe und Inhalte der „Gesamtschule“ und der GMS ist in der GEW noch etwas am brodeln. Ich zitiere die wichtigs-

AUS DEN LÄNDERN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Aufbruch in BW

Dieser Bericht, liebe Freunde und Kolleg/innen in der GGG, richtet sich vor allem an die Leser/innen in Baden-Württemberg. Das hat seinen Grund, denn die Ereignisse hier seit dem Regierungswechsel sind ohne Beispiel in der langen schwarzen Periode dieses Bundeslandes. Eine kleine Geschichte mag dazu dienen, den Wandel im politischen Klima zu beschreiben: Vor ein paar Tagen war ich auf einer Bildungsveranstaltung der *Stuttgarter Zeitung* in Stuttgart. Auf dem Podium saß auch unsere neue Kultusministerin Frau Warminski-Leitheußer von der SPD. Zur Veranstaltung selbst will ich

hier nicht viel sagen, außer vielleicht, dass es beim Thema *Länger gemeinsam lernen* nicht den üblichen Streit der „Experten“ gab. Auch das ist neu. Nach der Veranstaltung ging ich zügig zum Bahnhof, um noch den letzten ICE nach Mannheim zu kriegen. Wenige Minuten später kam auch unsere Kultusministerin den Bahnsteig entlang. Sie fährt jeden Tag von Mannheim, wo sie Schulbürgermeisterin war, nach Stuttgart ins Ministerium. Kurze Begrüßung, kurzes Gespräch über die Veranstaltung und dann eine halbe Stunde Austausch über die zukünftige Schulpolitik in BW im Zug. Auch hier möchte ich zum Inhalt nichts sagen. Entscheidend wichtig für mich waren weniger die konkreten Informationen, die ich erhielt, als vielmehr das deutliche Gefühl des Aufbruchs in der Bildungslandschaft.

ten Passagen aus dem Eckpunktepapier des MKS:

- Die GMS arbeitet in der Sek. I auf der Grundlage der Bildungsstandards von Hauptschule, Realschule und Gymnasium.
- Die GMS ermöglicht eine inklusive Beschulung von behinderten Kindern und Jugendlichen.
- Alle Schüler/innen lernen nach individuellen Voraussetzungen.
- In der GMS gibt es keine Versetzung/ Nichtversetzung und keine Wiederholungen im bisherigen Sinne.
- Alle allgemein bildenden Schulen können sich zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickeln.

Die GEW BW hat im Gremium Vorstandsbereich (VB) am 30.09.11 ein eigenes Eckpunktepapier verfasst, das sich mit der Überschrift „Die schulpolitischen Vorhaben der Landesregierung“ sehr viel differenzierter mit dem Thema beschäftigt. Es kritisiert auch die insgesamt etwas unscharfen Formulierungen, nennt vor allem aber die Defizite bzw. macht alternative Vorschläge (z. B. Klassenteiler 25 statt 28). Das Papier ist allerdings noch nicht vom Landesvorstand der GEW abgesegnet. Für mich ist dieser von der GEW angemahnte (im Papier der Landesregierung fehlende) Satz am bedeutsamsten: „An der Gemeinschaftsschule unterrichten Lehrkräfte *aller* Schularten“. Das ist ohne Frage ein kritischer Punkt. Wir brauchen Gymnasiallehrer/innen in der GMS von Anfang an! Ohne sie gerät der Anspruch der gymnasialen Bildungsstandards in der GMS ins Wanken. Dies hier ist gleichsam auch ein Appell an die Gymnasialkolleg/innen, sich der Idee der GMS nicht zu verschließen. Sie ist zweifellos die Schule der Zukunft. Ohne sie werden wir nicht in der Lage sein, die Potenziale unserer Kinder auszuschöpfen und weiterzuentwickeln. Es wird sich hier ohnedies etwas ändern müssen, da die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung ab dem nächsten Schuljahr entfällt. Für die Gymnasien könnte das zu einer verstärkten Heterogenität ihrer Schülerschaft führen. Der „Sprung“ zur GMS ist

dann nicht mehr weit. Konkret geplant sind im Augenblick etwa 30 Schulen, die sich ab dem Schuljahr 2013/14 auf den Weg zur GMS begeben sollen. Die Stabsstelle, die im MKS eigens für Beratung und Genehmigung eingerichtet wurde, vermeldet großes Interesse von Gemeinden und Schulen, besonders im ländlichen Bereich. Von 60 Anträgen ist die Rede! Wie wir aber mittlerweile wissen, ist bei solchen Zahlen Vorsicht geboten. Noch unter der alten Landesregierung wurde schon von 60 Anträgen auf Reformschulen gemunkelt. Diese Zahl konnte aber im Nachhinein von niemand bestätigt werden. In der letzten Sitzung der Fachgruppe Gesamtschulen der GEW in Karlsruhe erfuhr ich von einem Kollegen der Staudinger Gesamtschule in Freiburg, dass man dort darüber nachdenke, einen Antrag auf Genehmigung als GMS zu stellen. Großes Erstaunen bei uns Gesamtschulleuten! „Was verspricht ihr euch denn davon?“, fragte eine Kollegin, „Seid ihr denn nicht schon Gemeinschaftsschule?“ Ja, das ist die große Frage. Wir wissen es noch nicht.

JÜRGEN LEONHARDT

BERLIN

Der Versuch zur Bildung einer rot-grünen Koalition in Berlin scheiterte an ca. 3 km Autobahn, die die SPD-Verhandlungsführer zu einer unverzichtbaren Infrastrukturmaßnahme erklärt hatten, so jedenfalls die verlautbarte Version. Dem voraus gingen zwei Parteitagebeschlüsse zu diesem Thema: einer, der das Stadtautobahn-Stück abgelehnt hatte, und ein weiterer, der es mit sehr knapper Mehrheit befürwortet hatte; offenbar ein Herzensanliegen der Partei. Bei den anschließenden Sondierungen und Verhandlungen mit der CDU kam angesichts der bekannt gewordenen CDU-Forderungen die Befürchtung auf, die SPD werde womöglich ein gerechteres Schulsystem für ein Stück Autobahn verscherbeln:

- Beendigung des Schulversuchs Gemeinschaftsschule, mindestens keine neuen Gemeinschaftsschulen

- Ausweitung der 5./6. Klassen an Gymnasien
 - Einführung von Religion als Unterrichtsfach in Konkurrenz zu Ethik
 - Aufhebung des verpflichtenden jahrgangsübergreifenden Lernens in der Grundschule/-stufe
 - Wiedereinführung der Verbeamtung von Lehrer/innen
- und gerüchteweise:

- Verankerung des zweigliedrigen Schulsystems in der Berliner Verfassung.
- gleiche Ausstattung von ISS und Gymnasium und damit Aufgabe der Aufgabenorientierung bei der Ausstattung.

Ganz so schlimm ist es dann bei den Vereinbarungen für die nächste Legislaturperiode nicht gekommen:

- Beschlossen wurde ein „Schulfrieden“, also der Verzicht auf wesentliche Strukturveränderungen.
- Gemeinschaftsschulen bleiben bestehen und können auch weiterhin gegründet werden.
- Die Zahl der 5./6. Klassen an Gymnasien bleibt erhalten.
- Es bleibt beim derzeitigen Zustand: Ethik ist verpflichtendes Fach, an Religion kann zusätzlich freiwillig teilgenommen werden.
- Über JüL in der Schulanfangsphase können künftig die Schulen selbst entscheiden.
- Bei Redaktionsschluss hatten sich die künftigen Koalitionäre noch nicht geeinigt, ob es beim Angestellten-Status der Lehrer bleibt oder die Verbeamtung wieder eingeführt wird.

Über die beiden letzten „Gerüchte“-Punkte gab es keine Mitteilungen. Eine ggf. beabsichtigte Verfassungsänderung scheint vom Tisch (oder nie auf dem Tisch gewesen) zu sein, sie müsste wohl Gegenstand einer Koalitionsvereinbarung sein. Es bleibt jedoch zu beobachten (und ggf. abzuwehren), wenn Forderungen nach gleicher Ausstattung der beiden Schularten von gymnasialer Seite erhoben werden sollten. Der Ausstattungsvorteil der Integrierten Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen ist allemal durch die übernommenen bzw. übertragen-

den Aufgaben gerechtfertigt, ja dafür geradezu erforderlich.

Im Fall der Reinickendorfer Gemeinschaftsschulinitiative ist Positives zu vermelden. Die Hannah-Höch- und Greenwich-Schule werden nun als Gemeinschaftsschule starten können. Das Wahlergebnis und die daraufhin gebildete Zählgemeinschaft von CDU und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN im Reinickendorfer Bezirksparklament hat dies möglich gemacht.

Unter dem Titel *Ein Jahr Schulstrukturreform: Anspruch – Realität – Konsequenzen* hatten am 02.11.2011 der *Runde Tisch Gemeinschaftsschule* zusammen mit der Fachgruppe Gymnasien der GEW eingeladen. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit den Fraktionen der SPD und der LINKEN im Abgeordnetenhaus statt. Vertreter von Grundschulen, Gemeinschaftsschulen, integrierten Sekundarschulen und Gymnasien berichteten aus ihren Erfahrungsbereichen. Interessant waren einige Äußerungen der Gymnasialvertreter: Sie sprachen sich sowohl für die Abschaffung des Sitzenbleibens als auch der Probezeit an ihren Schulen aus. Auch in der anschließenden Plenumsdiskussion kamen erstaunlich viele gemeinsame Einschätzungen der Strukturreform zum Ausdruck, aber auch die unterschiedliche Interessenlage der integrierten Schulen und der Gymnasien, die sich ausdrücklich nicht als Schule für alle bezeichneten, damit also keine inklusive Schule sein wollen.

LOTHAR SACK

BREMEN

Vor den Sommerferien wurde bekannt, dass die Bildungsbehörde Lehrerstellen gestrichen hat, die den Schulen eigentlich schon zugesagt waren (vgl. Länderbericht Bremen, GGG-Journal vom 01.09.2011). Daraufhin haben sich in den Schulen, besonders in den betroffenen gymnasialen Oberstufen Protest und Widerstand entwickelt. Eine Welle von Protestaktionen hat sich seitdem gegen die Rotstift-Politik der Bildungsbehörde entwi-

ckelt. Demonstrationen durch die Stadt, die von dem neu gegründeten Schülerkollektiv *Fort Bildung* organisiert wurden, prangerten die Schulpolitik der Behörde an. Weiterhin gab es an mehreren Tagen und Nächten Besetzungen von Schulen. Die Schüler/innen gaben keine Ruhe und haben die Protestaktionen bis zum Schulstreik fortgeführt. Gefordert wurden die Rücknahme der Stundenkürzungen vor allem an den gymnasialen Oberstufen, eine bessere finanzielle Ausstattung des Bildungshaushalts sowie eine größere Transparenz der Entscheidungsprozesse durch die Behörde unter Einbeziehung der Schüler/innen. Das Schülerkollektiv *Fort Bildung* hat durch die hartnäckige Weiterführung der Aktionen die Senatorin Jürgens-Pieper gezwungen, mehrfach öffentlich Stellung zu beziehen und die Kürzungen zu rechtfertigen, was mehr schlecht als recht gelungen ist. Der Protest hat sich dergestalt verbreitert, dass sich ein Bremer Bündnis für Bildung, getragen von der GEW, ZEB (Zentralelternbeirat) und GSV (Gesamtschülervertretung) gebildet hat, das auch von der GGG Bremen unterstützt wird, das als Kernforderungen vom Senat und Bürgerschaft fordert:

- Rücknahme der beschlossenen Kürzungen
- Keine weiteren Kürzungen in den kommenden Jahren
- Schrittweise Anhebung des Haushalts für Bildung und Wissenschaft bis 2015 (wie von Bund und Ländern 2008 auf dem Dresdener Bildungsgipfel beschlossen) Ebenfalls wird mehr Demokratie und stärkere Beteiligung bei weiteren Entscheidungen seitens der Behörde eingefordert.

KARLHEINZ KOKE

HESSEN

Die Integrierte Gesamtschule ist in Hessen eine stark nachgefragte Schulform, obwohl sich die Landesregierung mit der Genehmigung neuer Schulen schwer tut und entsprechende Anträge schleppend bearbeitet. Auch wenn dieser oder jener Schulträger mit der

Antragstellung Probleme hat, ist das sicher kein Grund, dem Anliegen vieler Eltern so zögerlich nachzukommen. Die hessische CDU wehrt sich gegen das Bestreben der Bundes-CDU, mit der Zweigliedrigkeit den demografischen Veränderungen zu entsprechen. Doch der Versuch, durch Einführung einer neuen Schulform Mittelstufenschule die Hauptschule zu retten, kann schon jetzt als gescheitert eingestuft werden. Diese Förderstufe ohne Gymnasiast/innen ist keine Lösung im pädagogischen Sinne, so sind Eltern nicht zu täuschen. Auch einem anderen Anliegen der Landesregierung, der Selbstständigen Schule, ist nach anfänglichem Schwung die Luft ausgegangen. Die Einführung eines „Kleinen Budgets“, d. h. bei der Haushaltsführung Konten gegenseitig deckungsfähig zu machen, kommt nicht unbedingt da an, wo sich Schulen verändern müssen. Das hat keinen Einfluss auf den Unterricht, so viel ist nun mal sicher. Auch ist die Perspektive „Großes Budget“, das zudem trotz entsprechender Regelungen im Schulgesetz nur an ausgewählten Schulen genehmigt werden soll, nun nicht gerade ein Motor dringend erforderlicher Schulentwicklung. Da die Landesregierung auch im Bildungsbereich den Rotstift angesetzt hat, sucht die Ministerin nach Einsparmöglichkeiten. Im Verwaltungsbereich sollen die bisher eigenständigen Institutionen Amt für Lehrerbildung und Institut für Qualitätsentwicklung gemeinsam mit einem zentralen Landesschulamt zu einer neuen Mammut-Institution zusammen gefasst und gleichzeitig Stellen eingespart werden. Es dient der Landesregierung als Begründung, damit die Schulen in zwei Jahren mit 105% versorgt werden können. Ob Veränderungen in der Verwaltung diesen Effekt haben, kann angezweifelt werden. Für Unruhe sorgt es allemal. Es ist eher zu befürchten, dass sich alle Sparmaßnahmen mittelfristig in den Schulen widerspiegeln. Der Landesvorstand bereitet neben den laufenden Projekten *Neu an der IGS Die Zukunft gehört den neuen ...* und *Beatenberg-Klausuren* den nächsten Gesamtschultag Anfang März in Frankfurt vor. Wir werden uns intensiv mit dem Thema *Inklusion* aus-

einandersetzen, haben dazu namhafte Referent/innen gewinnen können, bieten eine große Zahl von interessanten Workshops an und werden unser Positionspapier um diesen Aspekt ergänzen. Dabei gehen wir davon aus, dass die Entwicklung zu inklusiven Schulen ein starker Anstoß für die Weiterentwicklung aller Schulen sein wird. Dass die Integrierten Gesamtschulen da wieder einmal Vorreiter sein werden, ist nun wirklich nichts Neues.

HANS-PETER KIRSTEN-SCHMIDT

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vereinbarung über die Bildung einer Koalitionsregierung für die 6. Wahlperiode

Die Wahl zum 6. Landtag des Landes Mecklenburg-Vorpommern fand am 04.09.2011 statt. Die SPD gewann deutlich vor der CDU, beide Parteien einigten sich auf eine Fortsetzung der großen Koalition. Der Vertrag wurde am 24.10.2011 unterschrieben, Erwin Sellering am folgenden Tag im Schweriner Landtag wiedergewählt, die SPD stellt 6, die CDU 3 Kabinettsmitglieder, Kultusminister ist Mathias Brodtkorb.

In der **Präambel „Zukunft aus eigener Kraft“** heißt es u. a. zum Bereich Bildung: *„Die Koalitionspartner bekennen sich zur Bildung als lebenslangen Prozess. Bildung ermöglicht Menschen die selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. (...) SPD und CDU werden deshalb auch in Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern die Weichen für mehr Bildung und Chancengerechtigkeit stellen (...). Die Schulen in Mecklenburg-Vorpommern brauchen Kontinuität und Verlässlichkeit. Sie haben in den vergangenen Jahren viele Veränderungen umgesetzt. Nun wird es auch darauf ankommen, die eingeleiteten Reformen wirken zu lassen. Denn nur gemeinsam mit Schülern, Lehrern und Eltern lässt sich unser Schulsystem erfolgreich verbessern.“*

Die Zurückhaltung bei der Weiterentwicklung des Schulwesens und der Umsetzung von Integration oder gar Inklusion ist hier schon erkennbar, deutlicher wird es im Kapitel **„Bildung, Wissenschaft und Kultur“** ausgeführt, in dem zwar ein *„schlüssiges Gesamtkonzept zum Thema ‚Integration und Inklusion in den Schulen in Mecklenburg-Vorpommern bis 2020“* in Aussicht gestellt wird, doch *„ob eine Ausweitung des längeren gemeinsamen Lernens für eine positive Weiterentwicklung von Schule sinnvoll ist“*, soll erst im Rahmen des Schuldialogs (Lehrer/innen, Eltern, Schüler/innen, Schulverwaltung) geprüft werden. Die Koalitionspartner bekennen sich zur UN-Behindertenrechtskonvention, *„es sollen so viele Kinder wie möglich an allgemein bildenden Schulen unterrichtet werden“*, der Zeitplan für die Grundschule zeigt hier aber keine Eile. Die Prämisse *„Schule braucht Kontinuität und Verlässlichkeit“* für die allgemeinbildende und die Berufliche Schule lässt darauf schließen, dass Inklusion für die Sekundarstufe I (noch) kein Thema ist.

Die Zahl von Schüler/innen, die nicht mindestens die Berufsreife erwerben, soll deutlich reduziert werden. Geeignete Maßnahmen im Schulsystem sollen ergriffen und eine *„Kultur der Zweiten Chance“* entwickelt werden. *„Sie werden das Produktive Lernen und die Produktionsschulen fortführen und dafür sorgen, dass alle Schulabschlüsse grundsätzlich kostenfrei nachgeholt werden können.“* Diese Maßnahmen werden nicht näher definiert, wohl aber wird das bestehende System mit der Möglichkeit einer kleinen Ausweitung festgeschrieben:

*„Regionale Schulen sichern die Ausbildungsreife sowie den Übergang zur beruflichen Ausbildung und zum Fachgymnasium. Auch im ländlichen Raum müssen sie weiterhin von allen Schülern in einem zumutbaren Zeitraum erreichbar sein. Das **Gymnasium** und das Angebot gymnasialer Bildungsgänge sind ein wesentlicher Bestandteil unseres Bildungssystems und sollen erhalten bleiben. (...) Damit auch im ländlichen Raum der Zugang zur gymnasialen Bildung gewährleistet werden kann, muss dort die Bildung von Schulzentren in Betracht gezogen werden.“*

Der Zugang zur Hochschulreife führt demnach über das Gymnasium als wesentlichem Bestandteil des Bildungssystems, es scheint eher ein kleiner Bonbon für den ländlichen Raum, ihn dort auch über Schulzentren zu erlangen, wenn das dort *„in Betracht gezogen“* wird. Eine sehr undeutliche Formulierung, die keine Perspektiven für längeres gemeinsames Lernen eröffnet.

Dieser Beitrag bezieht sich verständlicherweise auf einen kleinen Bereich der Koalitionsvereinbarung. Der gesamte Wortlaut ist einseh- und abrufbar unter <http://spd-fraktion-mv.de/.../koalitionsvereinbarung-2011-2016> oder www.cdu-mecklenburg-vorpommern.de/.../Koalitionsvereinbarung

WOLFGANG VOGEL

NIEDERSACHSEN

Gesamtschulanmeldungen trotz allgemeinem Schülerrückgang auf hohem Niveau

Der Landesvorstand hat die Gesamtschulanmeldungen für das Schuljahr 2011/12 ausgewertet und in einer Statistik zusammengefasst. Von den 12.086 angemeldeten Kindern konnten an den Integrierten Gesamtschulen in Niedersachsen nur 8.906 einen Schulplatz bekommen, 3.171 (26 %) Kinder mussten abgewiesen werden. 2010 hatten sich 11.994 Kinder um einen Gesamtschulplatz beworben. Trotz der seit 2009 33 neu gegründeten Integrierten Gesamtschulen in Niedersachsen bewegt sich die Quote der Ablehnungen auf hohem Niveau.

Allerdings zeigen sich deutlich regionale Unterschiede. Besonders hoch ist die Quote der Ablehnungen im Bereich der Regionalabteilung Lüneburg der Landes-schulbehörde. Hier gibt es nur 6 Integrierte Gesamtschulen, 44 % der Anmeldungen konnten nicht berücksichtigt werden. Besonders am Beispiel des Landkreises Harburg zeigt sich, dass die Nachfrage nach

Statistik zu den Gesamtschulanmeldungen 2011

Landesschulbehörde	Anmeldungen	Ablehnung	Aufnahmen	Grundschul-Empfehlung		
				GY	RS	HS
Braunschweig						
16 IGS	3.171	969 (31 %)	2.202	36 %	40 %	23 %
Hannover						
22 IGS	4.231	897 (21 %)	3.324	20 %	49 %	29 %
Lüneburg						
6 IGS	1.537	476 (44 %)	861	33 %	47 %	20 %
Osnabrück						
17 IGS	3.147	629 (20 %)	2.519	21 %	51 %	27 %
Niedersachsen						
61 IGS	12.086	3.171 (26 %)	8.906	25 %	47 %	26 %
36 KGS	6.234	272 (4,4 %)	5.962	35 %	46 %	15 %

Gesamtschulplätzen mit der Neugründung von Gesamtschulen steigt. Bis 2009 gab es in diesem Landkreis für die Eltern kein Gesamtschulangebot. Inzwischen sind 2 Integrierte Gesamtschulen gegründet worden, die 300 Plätze anbieten können. Die Zahl der Anmeldungen liegt allerdings bei 781. Es ist zu vermuten, dass sich diese Entwicklung auch in den Landkreisen einstellen würde, die über kein IGS-Angebot verfügen. Dies trifft u. a. für die Landkreise Cuxhaven, Wesermarsch, Ammerland, Cloppenburg, Vechta, Diepholz, Nienburg, Celle, Uelzen, Northeim und Holzminden zu. In diesen „IGSfreien“ Regionen sind in den kommenden Schuljahren verstärkt Gesamtschulgründungen erforderlich. Im Interesse des Elternwillens muss dafür die hohe Hürde der Fünfüzigigkeit verändert werden. Gerade beim Rückgang der Schülerzahlen sind vierzügige und im Ausnahmefall dreizügige Integrierte Gesamtschulen zu genehmigen. Als sehr oberflächlich gedacht schätzt der Gesamtschulverband das Argument aus dem Kultusministerium ein, dass die Quote der Ablehnungen geringer ausfallen würde, wenn die Integrierten Gesamtschulen ihre Kapazität auf eine Achtzügigkeit erhöhen würde. Achtzügige Schulen sind in Zeiten des Schülerrückgangs nicht zu verantworten. Besonders die Qualität der niedersächsischen Integrierten Gesamtschulen – nachgewiesen durch die Berichte der Schulinspektion – würde unter dieser

Größe der Schulen leiden. Die Räumlichkeiten für diese großen Schulen sind an vielen Standorten schlichtweg nicht gegeben. Stattdessen sollte das Kultusministerium den Weg für kleinere Gesamtschulen wieder öffnen. Ein etwas anderes Bild ergibt sich bei der Betrachtung der 36 Kooperativen Gesamtschulen. Hier ist die Quote der Ablehnungen deutlich geringer, da die meisten Kooperativen Gesamtschulen an vielen Standorten das einzige Schulangebot sind und alle Schüler/innen aufnehmen. Die Überhänge konzentrieren sich hier auf die Standorte Göttingen, Neustadt, Tarmstedt und Osnabrück. Ein Blick auf die Schülerzusammensetzung nach den Schullaufbahneempfehlungen der Grundschulen zeigt die Heterogenität der Lerngruppen an den Integrierten Gesamtschulen, wobei Schüler/innen mit einer Empfehlung für die Realschule deutlich dominieren. Für diese Gruppe der Schülerschaft ist die Offenheit der Schullaufbahn an einer IGS besonders attraktiv.

Insgesamt sind die niedersächsischen Gesamtschulen weiterhin eine von den Eltern stark nachgefragte Schulform. Die vom niedersächsischen Kultusminister Althusmann favorisierte neue Schulform Oberschule hat die Nachfrage nach Gesamtschulplätzen nicht beeinträchtigen können.

GERHARD HILDEBRANDT

RHEINLAND-PFALZ

Am 20.09.2011 veranstaltete die GEW Landesfachgruppe Rheinland-Pfalz gemeinsam mit dem GGG LV Rheinland-Pfalz ihren diesjährigen Gesamtschultag an der IGS Gerhard Ertl, in Sprendlingen/Rheinhesen unter dem Motto *Vielfalt als Chance*. Mehr als 120 Kolleg/innen aus den mittlerweile 54 Gesamtschulen des Landes waren der Einladung gefolgt. Nach Grußworten, u. a. von Abteilungsleiter Abt. 4B, Hans Beckmann (Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur), in Vertretung der Ministerin und Adam Schmitt (1. Beigeordneter im Landkreis Mainz-Bingen, zuständig für Schulen und in Vertretung des Landrates) beschäftigten sich die Teilnehmer/innen in neun Arbeitsgruppen mit aktuellen Fragestellungen. Dabei ging es um Themen wie differenzierte Leistungsmessung, um Umgang mit Heterogenität – gemeinsames und individuelles Lernen, vom Lehrplan zum Lernplan, Oberstufe und Abitur an der IGS, Berufsorientierung, Gewaltprävention und Deeskalationstraining, den neuen Bildungsplan für das Fach Gesellschaftslehre, ein Projekt mit dem Titel *Schüler helfen Schülern* und um Schulleitung an der IGS. Den Schwerpunkt am Nachmittag bildete ein Vortrag von Frau Prof. Dr. Katrin Höhmann (PH Ludwigsburg) mit dem Titel *Chancen erkennen – Vielfalt erkennen – Lernen ermöglichen*. Sicher konnten durch die umfassenden Diskussionen nicht alle für die einzelnen Schulstandorte abschließend geklärt werden. Das Wissen um die Kompetenzen einzelner Schulen, die zahlreichen Denkanstöße und die geknüpften Kontakte tragen sicher dazu bei, dass sich die Schullandschaft in Rheinland-Pfalz weiter entwickeln kann.

Einen ausführlichen Bericht zum Gesamtschultag 2011 finden interessierte Leser/innen bei Erscheinen der aktuellen Gesamtschulkontakte in Heft 11-2011 der Zeitschrift „GEW-Zeitung Rheinland-Pfalz“, im Internet verfügbar unter der Adresse:

http://www.gew-rheinland-pfalz.de/html/presse/gew_zeitung.php

FRANZ-JOSEF BRONDER

SCHLESWIG-HOLSTEIN

In Schleswig-Holstein ist die Umwandlung in ein quasi zwei- (drei-) gliedriges Schulsystem fast abgeschlossen. Der größte Teil des Systems besteht jetzt aus Gymnasien und Gemeinschaftsschulen. Die Gemeinschaftsschulen haben nur dann eine Oberstufe, wenn sie als Gesamtschulen eine hatten. Das Bildungsministerium will weitere Oberstufen genehmigen, wenn „das öffentliche Bedürfnis nachgewiesen ist und andere Oberstufen keine Aufnahmekapazität mehr haben“. Das bedeutet, dass die Berufsgymnasien, die Teil der den Berufsschulen sind, die Gemeinschaftsschüler/innen aufnehmen und entsprechend ausgebaut werden. Es wird also alles getan, um die Gymnasien vor unliebsamer Konkurrenz zu schützen.

Die Gemeinschaftsschulordnung ist jetzt in Kraft. Wie schon mehrfach an dieser Stelle beschrieben, haben die Gemeinschaftsschulen die Möglichkeit, ab der 7. Klasse abschlussbezogene Klassen einzurichten. Da es nicht zu Gymnasialklassen kommen wird, entstehen vereinzelt unter dem Deckmantel der Gemeinschaftsschulen kombinierte Haupt- und Realschulen. Wir alle hoffen auf den 12.05.2012, damit dieser Spuk ein Ende hat.

Die 2. Phase der Lehrerbildung ist durch eine neue Verordnung verändert worden. Die Ausbildung dauert jetzt nur noch 18 Monate, wird regionalisiert und, wie wundert's, bleibt streng laubbahnbezogen. Die Lehrkräfte werden z. B. als Grund- und Hauptschullehrer/innen ausgebildet, aber sind verpflichtet, auch in der 10. Klasse zu unterrichten, obwohl sie dafür gar nicht ausgebildet werden. Das ist nur eine der Ungereimtheiten, die dieses Bildungsministerium produziert. Der Landesverband unterstützt weiterhin Fortbildungsveranstaltungen durch Geldmittel, um den Gedanken der einen Schule für alle präsent zu halten. Außerdem besuche ich weiterhin Schulen, um in Fragen der Binnendifferenzierungen, der Leistungsbewertung, der

Organisationsstruktur, der Vorbereitung auf eventuelle doch einzurichtende Oberstufen usw. zu beraten. Ansonsten halte ich engen und regelmäßigen Kontakt zu Landespolitikern von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, des SSW (die am meisten mit unseren Vorstellungen von Schulsystemen übereinstimmen) und der SPD. In regelmäßigen Treffen mit Abgeordneten ist es mir gelungen, besonders wichtige Anliegen in deren Bewusstsein zu rücken. Ich hoffe, dass es hilft. Eine besondere Herausforderung bildet für alle die Frage der Inklusion. Sie soll in Schleswig-Holstein besonders weit fortgeschritten sein. Vergessen wird in der öffentlichen Darstellung aber, dass die Hauptlast der Inklusion auf den Gemeinschaftsschulen liegt, bei beschämend schlechter Ausstattung.

KLAUS MANGOLD

SAARLAND

Die künftige Entwicklung der Schulstruktur im Saarland scheint nun klar. Neben dem grundständigen Gymnasium wird die Gemeinschaftsschule entstehen. Die Einschulung des ersten Jahrgangs Gemeinschaftsschule erfolgt zum Schuljahr 2012/13.

Die Gemeinschaftsschule ermöglicht alle Abschlüsse einschließlich Abitur nach 13 Schuljahren. Damit erfüllt das Saarland im Grunde den schon vor Jahrzehnten von Klaus Hurrelmann und jüngst in der Süddeutschen Zeitung (17.10.11) wiederholten Vorschlag eines Zwei-Wege-Modells.

Ob sich die Gemeinschaftsschulen jedoch in eine an die hochdifferenzierte Gesamtschule erinnernde „demokratische Leistungsschule“ entwickelt oder in eine Schulform, die sich an den Trägern des Deutschen Schulpreises (z. B. 2011, IGS Göttingen-Geismar) oder ganz neue Wege geht, ist offen. Die derzeit zur Anhörung vorliegende Verordnung scheint vieles und unterschiedliches zu ermöglichen. Die neuen Gemeinschaftsschulen sind aufgefordert, auf einer ambivalenten Basis von ministeri-

ellen Vorgaben der Obersten Schulaufsicht ein pädagogisches Konzept vorzulegen. Ob dieses dort geprüft wird, ob es der Genehmigung bedarf, ob es in die Ablage kommt, ist dem Entwurf nicht zu entnehmen. Auch fehlt eine Zeitangabe darüber, bis wann diese Konzepte geschrieben und verabschiedet sein müssen. Doch bereits in diesen Monaten wollen und müssen die Eltern wissen, in welche Schule ihre Kinder künftig gehen. Jetzt bereits sollten die auskunftspflichtigen Schulleiter/innen verbindlich sagen können, was ihre Schule dem Einschulungsjahrgang 2012 in den nächsten 9 Jahren bieten wird. Doch die Einführung der Gemeinschaftsschule erfolgt wie auch die Einführung von G 8 Hals über Kopf. Der saarländische Landesvorstand der GGG hat in einer Klausur Ende Oktober die Schulentwicklung beraten und entschieden, welche Aufgaben er bei der Schulentwicklung der neuen Gemeinschaftsschulen haben wird und wie er sie realisiert. Das Ziel, eine Schule für alle Kinder zu schaffen, bleibt. Deshalb wird er auch die Schulversuche zur Inklusion beobachten und immer wieder anmahnen, dass der Inklusionsauftrag von allen Schulformen zu erfüllen ist.

KLAUS WINKEL

Wir gratulieren und danken für 40 Jahre GGG-Mitgliedschaft

Dieter Kuhn (Eintritt 01.01.1972)
Hans-Peter Kirsten-Schmidt (01.01.1972)
Udo Wolk (10.01.1972)
Bernd Frommelt (12.01.1972)
Ingo Moldenhauer (18.01.1972)
Peter Reimer (25.01.1972)
Susanne Pape (30.01.1972)
Josef Damberg (02.02.1972)
Rainer Opitz (04.02.1972)
Christoph Edelhoff (05.02.1972)

Odenwaldschule (19.01.1972)

Wir gratulieren zum 75. Geburtstag

Jürgen Minz (11.03.1937)

Der GGG-Bundesvorstand stellt sich vor

(elh) Im Rahmen des 32. Kongresses der GGG in Hildesheim wurde am 17.09.2011 ein neuer Bundesvorstand von der Mitgliederversammlung gewählt. Zur Vorstellung des neuen BV im Folgenden die Kurzportraits der Vorstandsmitglieder:

Lothar Sack, Bundesvorsitzender der GGG

1941 in Berlin geboren; Mathematik- und Physikstudium, seit 1969 im Schuldienst, 1992 bis 2006 Leiter der Fritz-Karsen-Schule (Bundeskongress 1999) in Berlin. Seit 1995 Mitglied des Berliner Landesvorstandes der GGG; seit 1999 Mitglied im Bundesvorstand der GGG, seit 2007 Bundesvorsitzender. Anschrift: Dickhardtstraße 26, 12161 Berlin, E-Mail: LotharSack@t-online.de

Ulrike Kaidas-Andresen, stellvertretende Bundesvorsitzende der GGG

Jahrgang 1953, Studium Sozialkunde/Sociologie und Leibesübung an der Universität Hamburg; seit 1979 im Schuldienst, seit 1986 an der Erich Kästner-Gesamtschule; 9 Jahre Elternrätin an zwei Hamburger Gesamtschulen, Gründerin der GELBE (Stadtteilverbund der 4 Bergedorfer GS-Elternräte), seit 2004 Mitglied des Hamburger GGG-Landesvorstandes, seit 2007 im Bundesvorstand der GGG.

Anschrift: Fiddigshagen 10, 21035 Hamburg, E-Mail: ulrikekaidas-andresen@gmx.de

Werner Kerski, stellvertretender Bundesvorsitzender der GGG

1947 in Münster geboren; Studium Mathematik und Physik an der Universität Bonn; seit 1975 im Schuldienst; von 1985 bis 2009 Leiter der Fritz-Steinhoff-Gesamtschule in Hagen; seit 2009 im Ruhestand; 1996 Mitglied im Landesvorstand NRW; seit 2006 Vorsitzender des Landesverbandes, seit 2009 im Bundesvorstand der GGG.

Anschrift: Hengstenbergstr. 1, 58239 Schwerte, E-Mail: kwkerski@ruhrnet-online.de

Dr. Ingrid Ahlring, Beisitzerin im Bundesvorstand der GGG

1946 in Oldenburg geboren, Abitur 1966, Studium (Anglistik und Politikwissenschaften) in Marburg und Frankfurt von 1966–1970, Tutoriate in Gießen, Marburg und Kassel 1970–1972, Promotion Uni Kassel 1972–1975. Referendariat 1974–1975 in Kassel und Baunatal, Lehrerin für Englisch und Gesellschaftslehre an der Erich-Kästner-Schule in Baunatal 1975–1986 und 1988, Auslandsjahr an der Liberty High School Issaquah, Washington, USA 1986–1987, Lehrerin an der Offenen Schule Kassel Waldau von 1989–2003, Mitglied in der Schulleitung (Koordinatorin) und an der Henderschule Kassel (Oberstufengymnasium), parallel dazu Tätigkeiten in der Lehrerfortbildung am HILF. Schulleiterin der Helene-Lange-Schule Wiesbaden seit 2003, Redaktionsmitglied der Zeitschrift *Praxis Schule*

5–10 von 1997–2009, Redaktionsmitglied der Zeitschrift *Schulverwaltung Hessen/Rheinland-Pfalz* seit 2010, Zahlreiche Veröffentlichungen zu Pädagogik und Unterricht; im Bundesvorstand seit 2011.

Anschrift: Zietenring 13, 65195 Wiesbaden, E-Mail: wi.ahlring@t-online.de

Karen Medrow, Beisitzerin im Bundesvorstand der GGG

1959 geboren in Hamburg, 2 erwachsene Kinder, Finanzbeamtin. Seit Anfang der 90er in der Gesamtschulbewegung aktiv: *Elterninitiative Gesamtschule Am Heidberg*, Vorstand/Vorsitzende der *Arbeitsgemeinschaft Hamburger Gesamtschulen* von 1998 bis 2000, *Elternverein Hamburg e.V.* Vorsitz 2000 bis 2010, seit 2010 stellv. Vorsitzende. Mitinitiatorin der Volksinitiative *Eine Schule für Hamburg* 2007 und Vorsitzende des Vereins *Eine Schule für Alle e.V.* Im Bundesvorstand seit 2011, zuständig für die Elternarbeit.

Anschrift: Jakob-Mores-Weg 4, 22309 Hamburg, E-Mail: karenmedrow@t-online.de

Wolfgang Vogel, Beisitzer im Bundesvorstand der GGG

1942 in Stettin geboren; Studium an der Pädagogischen Hochschule Kettwig/Ruhr, 1969 im Gründungskollegium der Gesamtschule Gelsenkirchen, von 1974 bis 2006 an der



Der GGG-Bundesvorstand 2011–2012: Werner Kerski, Ingrid Ahlring, Wolfgang Vogel, Ulrike Kaidas-Andresen, Michael Hüttenberger, Lothar Sack, Karen Medrow (v.l.)

Heinrich-Heine-Gesamtschule in Bremerhaven in der Schulleitung u. a. für die Orientierungsstufe verantwortlich. Unterrichtsfächer Mathematik und Gesellschaft/Politik. Seit Februar 2006 im Ruhestand. Im Landesvorstand Bremen seit 1995, im Bundesvorstand seit 2003 für die redaktionelle Koordination des GGG-Journals zuständig.

Anschrift: Lothringer Str. 26, 27570 Bremerhaven, E-Mail: VogelGGG@aol.com

Dr. Michael Hüttenberger, Bundesgeschäftsführer der GGG

1955 in Offenbach geboren; Studium für das Lehramt an Grundschulen, danach für Haupt- und Realschulen, Diplom-Pädago-

ge, Soziologie-Studium mit Promotion zum Dr. phil., Referendariat von 1979–1981, seit 1983 im Schuldienst zunächst als Grundschullehrer, dann an der Grundstufe einer IGS; 1990–2008 Schulleiter der Erich Kästner-Schule in Darmstadt-Kranichstein; für die SPD Mitglied im Darmstädter Stadtparlament und Schulausschussvorsitzender 2001–2008; 1987–1993 Mitglied im GGG-LV Hessen, 1989–1991 Revisor für den Bundesvorstand, seit 1999 im Bundesvorstand der GGG als Bundesgeschäftsführer, seit 2008 hauptamtlich.

Anschrift: Hauptstraße 8, 26427 Stededorf, E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de



Mitgliederversammlung 2011

(wovo) Die Mitgliederversammlung fand im Anschluss an den Bundeskongress am 17. 09.2011 in der Robert-Bosch-Gesamtschule in Hildesheim statt. Nach den üblichen Regularien (Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung; Wahl der Versammlungsleitung – Susanne Pavlidis (LV Niedersachsen) und Gerhard Lein (LV Hamburg) – und der Mandatsprüfungskommission (Michael Hüttenberger) sowie Bestellung des Protokollanten (Gerd Hildebrandt, LV Niedersachsen), der Genehmigung der Tagesordnung und des Protokolls der MV vom 13.11.2010, erläuterte und ergänzte Lothar Sack den Bericht des Bundesvorstands, der den Anwesenden in gedruckter Form vorlag. Um die Mitgliederzahl des Verbandes wieder zu steigern, soll eine BAG *Zukunft der GGG* eingerichtet werden. Michael Hüttenberger untermauerte den Trend mit aktuellen Zahlen: Es gibt zwar mehr Eintritte als Austritte, dennoch verliert die GGG, bedingt durch ihre Altersstruktur, jährlich mehr Mitglieder als neu hinzukommen, es gibt z. B. mehr über 80-jährige Mitglieder als unter 30-jährige. Nach dem Kassen- und dem Revisionsbericht 2010 sowie dem Haushaltsplan 2011 wurden Bundesvorstand und der Bundesgeschäftsführer einstimmig entlastet. Als neuer Bundesvorstand wurden gewählt:

Lothar Sack (Vorsitzender), Ulrike Kaidas-Andresen und Werner Kerski (stellv. Vorsitzende), Ingrid Ahlring, Karin Medrow und Wolfgang Vogel (Beisitzer), als Kassenprüfer Peter Hadenfeldt-Hürter und Brigitte Bostelmann sowie Joachim Lohmann als Stellvertreter/innen.

Die Position der GGG zur Inklusion ist in einem gründlichen Diskussionsprozess entwickelt und zuletzt während des Bundeskongresses überarbeitet worden. Nach der Verabschiedung durch das Kongressplenum stimmte auch die Mitgliederversammlung einstimmig zu und beriet über den weiteren Umgang mit dem Positionspapier: Breite Streuung im bildungspolitischen Umfeld, Rückwirkung auf die interne Verbandsarbeit, Entwicklung von Standards für inklusive Schulen, Grundlage für die GGG-Stellungnahmen zu den Schulgesetzen der Länder, feste Seite im Journal mit Beiträgen aus den inklusiv arbeitenden Schulen. Abschließend wurde dem Schulleiter der Robert-Bosch-Gesamtschule, Wilfried Kretschmer, stellvertretend für alle Beteiligten herzlich für das Engagement und für die ermöglichte Durchführung des Bundeskongresses in seiner Schule, mit einem großen Beifall der Mitgliederversammlung gedankt. ◆

TERMINE

20.01.2012

GGG-Bund
BAG Zukunft
Hamburg

20. bis 21.01.2012

GGG-Bund
Bundesvorstand
Hamburg

03.02. bis 07.02.2012

GGG-Hessen
Fortbildungsklausur
Beatenberg

14. bis 18.02.2012

didacta
Hannover

25.02.2012

GGG-Bund – Revision
Stededorf

28.02.2012

GGG-Bund
Redaktionsbeirat GGG-Journal
Bremen

03. März 2012

GGG-Hessen
Gesamtschultag „Inklusion“
Frankfurt am Main

06. März 2012

GGG-NRW
Fachtagung „Länger gemeinsam Lernen“
in Kooperation mit dem GSV
Minden

16. bis 17.03.2012

GGG-Bund
Bundesvorstand und Hauptausschuss
Göttingen

15. bis 16.06.2012

GGG-Bund
Bundesvorstand
Hamburg

07. bis 08.09.2012

GGG-Bund
Bundesvorstand und
Hauptausschuss
Göttingen

16.10.2012

GGG-Niedersachsen
Fachtagung und
Mitgliederversammlung



Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule
 Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.



KOMMENTAR

Superwahljahr 2011 – Kommentar überflüssig?

Die Ergebnisse der Landtagswahlen 2011 hätten zu einer deutlichen Entwicklung zu längerem gemeinsamen Lernen führen können, zumal die SPD, die sich hierzu immer wieder bekennt, in allen Ländern maßgeblich in Regierungsverantwortung steht, nur zweimal als „Juniorpartner“.

Die Bekenntnisse in den Regierungsprogrammen und Koalitionsverträgen zur Bedeutung der Bildung (noch ohne Berlin) sind dementsprechend ähnlich:

„Bildung ist der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. (...) Die Schule ist wesentliche Grundlage für eine gute Qualifikation. (...) Es geht um unser aller Zukunft.“ (HH)

„Alle Kinder in Sachsen-Anhalt sollen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, gleiche Chancen in möglichst vielen Lebensbereichen haben.“ (ST)

„Alle Kinder und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz sollen die Chance auf gute Bildung haben – unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Wohnort.“ (RP)

„Bildung ist die große soziale Frage unserer Zeit. (...) die Bildungschancen dürfen nicht von der sozialen Herkunft oder vom Geldbeutel der Eltern abhängen.“ (BW)

„Wir werden die Bildungschancen für alle weiter verbessern. (...) längeres gemeinsames Lernen, eine hohe Durchlässigkeit der Bildungsgänge und ein gebührenfreies Erststudium sind für uns der Maßstab dafür.“ (HB)

„Die Koalitionspartner bekennen sich zur Bildung als lebenslangen Prozess. Bildung ermöglicht Menschen, die selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.“ (MV)

Die Aussagen zu längerem gemeinsamem Lernen differieren:

„In der Stadtteilschule können Schülerinnen und Schüler aller Begabungen und Leistungsstärken gemeinsam lernen und alle Schulabschlüsse bis zum Abitur erreichen.“ (HH)

„Die Koalitionspartner haben sich darauf verständigt, das bestehende Schulsystem in Sachsen-Anhalt (...) für das längere gemeinsame Lernen weiter zu öffnen.“ (ST)

„Wir wollen Möglichkeiten eines längeren gemeinsamen Lernens stärken.“ (RP)

Hinsichtlich des Beitritts Deutschlands zur UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen heißt es:

„Dazu werden wir im Schulgesetz als weiteren Schritt auf dem Weg zur Inklusion ein Wahlrecht zwischen Förderschulen und integrativen/inkluisiven Angeboten in der Regelschule verankern.“ (RP)

„Wir wollen die Inklusion Schritt für Schritt umsetzen, bis alle Kinder einen Platz in der allgemeinbildenden Schule haben.“ (HB)

„(...) es sollen so viele Kinder wie möglich an allgemein bildenden Schulen unterrichtet werden.“ (MV)

Über die Einrichtung von Gesamtschulen gibt es nur aus Rheinland-Pfalz eine klare Aussage:

„Wir wollen die Errichtung weiterer Integrierter Gesamtschulen (...) unterstützen und erleichtern.“

In den anderen Ländern werden Gemeinschafts-, Ober- oder Stadtteilschulen und Schulzentren vereinbart, die zum Teil neben den Gymnasien ggf. auch zum Abitur führen können.

Die Programme sind bezüglich längeren gemeinsamen Lernens sehr zurückhaltend, wenn es über die Grundschulzeit hinaus geht. Die Festschreibung des exklusiven Gymnasiums zieht eine Separierung der Kinder im vierten Schuljahr nach sich. Demzufolge können die Erklärungen zur Umsetzung der UN-Konvention nur als vage Versprechen für eine Teilintegration und kein eindeutiges Bekenntnis zu einer inklusiven Schule oder gar Gesellschaft gewertet werden.

Es würde mich freuen, wenn ich mich irrte.
 WOLFGANG VOGEL

Landtagswahlen 2011	vorher	nachher
HH am 20.02.2011	CDU – B90/GRÜNE	SPD
ST am 20.03.2011	CDU – SPD	CDU – SPD
RP am 27.03.2011	SPD	SPD – B90/GRÜNE
BW am 27.03.2011	CDU – FDP	B90/GRÜNE – SPD
HB am 22.05.2011	SPD – B90/GRÜNE	SPD – B90/GRÜNE
MV am 04.09.2011	SPD – CDU	SPD – CDU
BE am 18.09.2011	SPD – DIE LINKE	SPD – CDU